

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Kr. 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (täglich) früh

Jeder Nation ihre Schule!

Nur wenige Tage war das Parlament ver-
sammelt, aber den Nationalisten von Hübner und
drüben hat auch diese kurze Zeitspanne genügt,
um dem nationalen Haß neue Nahrung zuzu-
führen. Den tschechischen Gruppen, die sich der
Anbahnung eines nationalen Ausgleiches höflich
widersetzen, konnte kein größerer Gefallen
erwiehen werden, als mit der geschmacklosen
Handlung der deutschnationalen Abgeordneten
Weber und der Umwandlung der Parlaments-
sitzung in eine nationale Liedertafel, bei der
einer der Programmpunkte die Absingung des
Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“
war, das die deutschbürgerlichen Parteien ex-
ekutierten, kurz nachdem sie der Absingung des
deutschfeindlichen Liedes durch die tschechischen
Slowaken, frenetischen Beifall gezollt hatten.
Auch wenn man noch so viel der fortwirkenden
Wählerregung und der Empörung über die
letzten Gewaltakte der tschechischen Machthaber
zuschreibt, muß man doch sagen, daß das Döbel
der deutschbürgerlichen Parteien ein unglück-
seliges war, das dem deutschen Volke im tsche-
choslowakischen Staate nicht Nutzen, sondern
nur Schaden gebracht hat. Als Negativbeispiel
und Aktivisten gingen die Deutschbürgerlichen
im Wahlkampf gegeneinander vor, als Kon-
fessionisten sind sie alle zusammen heimgekehrt.
Von der nationalen Einheitsfront, die zu bilden
sie den Wählern versprochen haben, ist in der
letzten Woche nach den Wahlen noch immer
keine Spur, weil sie nicht instande sind, sich
auf ein gemeinsames nationales und patriotisches
Programm zu einigen. Die einzige Einheit, auf
der sie sich gefunden haben, ist die Einheit der
Demagogie. Durch Schlägen auf die Kulte,
durch Beschrei und Lieder vortrüge suchten sie bei
den deutschen Wählern den Eindruck zu wecken,
es habe sich gelohnt, ihnen zum Siege verholfen
zu haben. Aber schon zeigt sich, welche gefundene
Fressen diese Provokationen für die Chauvinis-
ten auf der anderen Seite war. Das in
letzter Zeit, wie die Wahlen bewiesen, sogar
beim tschechischen Volke in Mißkredit geratene
allnationale Koalitionsregime könnte keine
bessere innere Festigung erfahren, als durch die
Fortsetzung solcher nationalistischer Exzesse. Wie
noch immer der Chauvinismus der einen Seite
zur Förderung des Chauvinismus der andern
beigetragen hat, so haben die nationaldemokra-
tischen Faschisten den deutschbürgerlichen Krakeel
sogar zum Anlaß genommen, um durch Ver-
sammlungen und Straßenumgebungen die
„tschechische Volksseele“ zum Kochen zu bringen.
So leisten beide Teile Arbeit für das Volk!

Die deutschen Sozialdemokraten halten
eine andere Art der Arbeit für wichtiger. Mögen
sie von den patentierten Deutschumpretieren
als national unverläßlich hingestellt werden, sie
sind doch nicht minder entschlossen, alles nation-
ale Unrecht abzuwehren und der Ueberzeugung,
daß das wirksamste Mittel dazu ist, die nation-
alen Reibungsflächen abzuschleifen, nicht, wie
es den Deutschbürgerlichen gefällt, sie noch zu
verschärfen. Wer sich und andere nicht täuschen
will, muß unter Berücksichtigung der bestehen-
den Machtverhältnisse erkennen, daß es nur
einen Weg gibt, von den Deutschen wie auch
von den anderen Minderheitsvölkern im Staate
die Bedrückung fernzuhalten, das ist die
Herbeiführung eines nationalen
Rechtszustandes. Es gibt ein Gebiet,
bei dem leicht, wenn nur der Wille auf beiden
Seiten besteht, der Anfang gemacht werden
könnte, ohne daß dabei ein nationales oder
staatliches Interesse der Tschechen gefährdet
werden würde: das Gebiet des Schul-
wesens! Während die deutschbürgerlichen
Abgeordneten sich im Pfeiferblasen, Krumpeln
auf die Tische und im Absingen des Deutsch-
land-Liedes ergötzen, haben die deutschen sozial-
demokratischen Abgeordneten es für viel wich-
tiger gehalten, ihren, anfangs Oktober einge-
brachten Antrag auf Einführung der
nationalen Schulautonomie zu
erneuern. Das ist eine weniger laute und
politisch-romantische Tätigkeit, als sie von den
Deutschbürgerlichen in den letzten Tagen bestrit
wurde, aber ist sicher eine notwendige und
nützlichere.

Eine gemeinsame Aktion der Opposition

Ein Antrag der 140.

Prag, 21. Dezember. Gegen zwölf Uhr nachts überreichten in der Sitzung des Abgeord-
netenhauses die Abgeordneten Grünzner, Hlinka, Kreibitz, Págel und Kabl einen
Antrag auf Erhebung der Anklage gegen den Ministerpräsidenten Beneš und gegen den ge-
wesenen Minister Frankl. Der Antrag trägt die Unterschriften von 140 Abgeordneten und
begündet die Ministeranklage mit dem im Zuge des Abbaufahrens begangenen Geset-
zwidrigkeiten und Gewalttätigkeiten gegen die deutschen, slowakischen und un-
garischen sowie gegen die mißliebigen tschechischen Beamten.
Der an anderer Stelle von uns wiedergegebene Antrag auf Aufhebung des Abbaugesetzes
wurde von sämtlichen Parteien der Opposition eingebracht. Auch dieser Antrag trägt die Unter-
schriften von 140 Abgeordneten. Die Opposition überreichte ferner einen Antrag auf dringliche
Behandlung dieser beiden Anträge.

Debatte über die Regierungserklärung.

Scharfe Abfuhr Neuraths.

Prag, 21. Dezember.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses,
die in den späten Nachtstunden noch fortbauert, ist
vollkommen ausgefüllt mit der Debatte über die
Regierungserklärung. Leider tritt in der Debatte
der Regierung keine einheitliche Front
der Opposition entgegen, woran vor allem
die Kommunisten die Schuld tragen: Neurath's
erstes Auftreten galt vor allem der von den Kommu-
nisten geübten Entlarbungstaktik.
Mit an den Haaren herbeigezogenen Gründen
sollten die deutschen Sozialdemokraten der
Scheinopposition „überführt“ werden. Es
ist dies aber nicht gelungen und die Kommunisten
haben sich im Gegenteil eine mächtige Blä-
wange zugezogen. Als heute Págel mit den
Kommunisten Abrechnung hielt, brach die tsche-
choslowakische Demagogie vollends zusammen. Zwischen
den deutschen Sozialdemokraten und den Kommu-
nisten gab es eine heftige Auseinandersetzung, an
der einerseits Dr. Ezech, De Witte, Grünz-
ner, Kaufmann, Schäfer, Hillebrand,
Leibl und Heeger und andererseits Wünsch,
Viktor Stern, Hirschl und einige tschechische
Kommunisten beteiligt waren. Schlag auf
Schlag sausten die Zwischenrufe der
deutschen Sozialdemokraten auf die
Kommunisten! Neurath, der durch seine
triviale Handlungsweise den Anstoß zu der ganzen
Szene gegeben hatte, wagte während der Kampf-
szene kaum eine Bemerkung und, kramphast
lächelnd, blieb ihm nichts anderes übrig, als die
sozialdemokratischen Anklagen zur Kenntnis zu
nehmen. Wünsch wurde immer stiller und auch
Stein immer kleinlauter.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß einige
deutschbürgerliche Abgeordnete sich zu den
Streitenden gesellten und höhnische Bemerk-
ungen machten. Die Kommunisten haben es
sehr gut verstanden, durch ihre plumpe Verleum-
dungstaktik, durch ihren heimtückischen Uebersall
auf unsere Partei den Bürgerlichen eine große
Freude zu bereiten.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses begann
mit der Eidesleistung des aus dem Auslande
zurückgekehrten Ministers Dr. Beneš, die sich
unter dem Beifall der Koalition vollzog.
Nach Erledigung des Gesetzes über die Än-
derung einiger Bestimmungen des Strafrech-
tes wurde in der Debatte über die Regie-
rungserklärung fortgefahren.

Eine gemäßigete Rede Hlinka's.

Hlinka (slow. Volksp.) erklärt, er stehe auf der
Tribüne nicht nur als Beauftragter der slowa-
kischen Volkspartei, sondern als einziger Represen-
tant der slowakischen Nation, denn am 15. No-
vember stimmten 61,2 Prozent der Slowaken für
seine Partei. Redner polemisiert mit den Aus-
führungen Neurath's über die Einheit der tsche-
choslowakischen Nation. Die Einheit einer tsche-
choslowakischen Nation habe nie existiert, gerade die
Tschechen waren es, die sich vom großnährischen
Reich trennten und also die Einheit der Nation,
wenn eine solche auch bestanden hätte, — damals
habe es aber nur Stämme und keine Nation ge-
geben — gebrochen. Darüber, ob die slowakische
Nation eine selbständige sei oder nicht, könne
weder die Nationalversammlung, noch einzelne
Tschechen entscheiden, sondern bloß die slowakische

Bei der Erneuerung ihres Antrages haben
sich unsere Vertreter von dem Grundsatze leiten
lassen, daß die ewigen Schulkämpfe und
daraus sich ergebenden Haßgefühle zwischen den
Nationen nur dann ein Ende nehmen können,
wenn das Schulwesen auch der Minderheits-
völker in deren eigene Hände gelegt wird. Man
kann schließlich nicht einsehen, welches Inter-
esse des tschechischen Volkes damit verknüpft
ist, daß die Verwaltung des Schulwesens der
anderen Nationen in den Händen der tschechi-
schen Bürokratie verbleibt. Die fremdnationale
Verwaltung und Beherrschung der Schule in uns
zur Unzufriedenheit und Verbitterung führen,
so lange nicht die Angehörigen des eigenen
Volkes die Verwaltung der Schule bestimmend
beeinflussen können. Der Antrag der deutschen
Sozialdemokraten stellt kein Uebermaß von
Forderungen auf, er enthält nichts, was nicht
jedes Volk als primitivstes Maß seiner Lebens-
forderungen zu beanspruchen berechtigt ist. Er
verlangt in allen Orten, wo sich Schulen
mehrerer Nationen befinden, für die Schule
jeder dieser Nationen die Errichtung eines
eigenen Ortschulrates und die Bildung von
Schulbezirken, welche in der Regel mit dem
Umfang der politischen Bezirke zusammenfallen
sollen, für welche Bezirke dann wieder ein
eigener Bezirkschulrat zu errichten wäre. Als
Ueberbau dieser Schulorganisation wären die
bestehenden Landeschulräte und deren nation-
ale Sektionierung beizubehalten, Beziehungs-
weise zu bilden. Die staatliche Schulaufsicht
würde auch weiterhin durch das Schulmin-
isterium ausgeübt werden, doch wäre für jede
Nation ein eigener Reichschulrat zu errichten.
Durch ein Gesetz, wie es von den deutschen

Sozialdemokraten beantragt wird, würden die
Kosten des Schulwesens zum Teil aus den den
Schulbehörden nach dem nationalen Schlüssel
zuzuwendenden Mitteln, zum anderen Teil aus
besonderen nationalen Kulturfürern, die jede
Nation von ihren Angehörigen einzuheben
hätte, bestritten werden. Dadurch würde jede
Nation in den Besitz des Rechtes gelangen, ihr
Schulwesen nach Bedarf und entsprechend der
vorhandenen Geldmittel auszubauen. Das
wichtigste aber wäre, daß die Schaffung der
Schulautonomie jeden Eingriff der Behörden
oder der Vertreter eines anderen Volkes in die
eigenen Schulrechte unmöglich machen würde.

Der Schulantrag unserer Genossen im
Abgeordnetenhause ist eine erste Lat. Wenn
die Herrschenden im Staate sehen, wohin die
Dinge im Staate infolge der Mißachtung der
Lebensrechte der Minderheitsnationen gelangt
sind, wenn sie sehen, wie die Wirrnisse und
Streitigkeiten sich steigern, müßten sie endlich
einsehen, daß es im Interesse der gesamten
Bevölkerung und des Staates selbst gelegen wäre,
vorläufig wenigstens, diesen ersten Schritt zur
Herbeiführung eines nationalen Ausgleiches zu
unternehmen. Die Schule ist das Eigentum
jedes Volkes! Das ist der Ruf, der aus dem
Antrag unserer Genossen hervorklingt und er
wird nicht verstummen, mögen sich Unverständnis,
Borniertheit und nationale Unterdrückungs-
sucht noch so sehr bemühen, dem Verlangen nach dem
nationalen Frieden entgegenzuwirken. Die Her-
beiführung dieses nationalen Friedens ist ge-
radezu eine Lebensfrage für den Staat ge-
worden. Das mögen die Machthaber einsehen
und danach handeln!

slowakische Nation. In Böhmen habe man immer
gefragt: „Wir brauchen die Slowaken nicht“ und
Bantkeel habe gesagt: „Ich bin kein Slowake, son-
dern ein Tscheche.“ Im Unglück der Slo-
waken hätten sich die Tschechen mit
den Magyaren verbunden, Nieger sei
im Jahre 1880 nach Budapest gekommen, um
den entscheidenden ungarischen Kreisen zu ver-
sichern, daß sich die tschechische Nation nicht in die
inneren ungarischen Angelegenheiten mische.

Dr. Bantkeel hat sich schon im Jahre 1848
für die Idee des einheitlichen tschechoslowakischen
Staates ausgesprochen. Nieger ist nicht maß-
gebend!

Hlinka (fortfahrend): Bis zum Ausbruch des
Weltkrieges beweist die Weltgeschichte, daß die
Slowaken und Tschechen keine ein-
heitliche Nation sind.

Buday: Und nie sein werden!
Mit (zu Hlinka): In Bissen haben Sie gesagt,
daß Tschechen und Slowaken eine Nation sind.

Hlinka (fortfahrend): Alle feierlichen, den
Slowaken gegebenen Versprechungen wurden nicht
erfüllt. Nach den Wahlen hat die slowakische Volksp-
artei still ihre Forderungen gestellt, aber zur
Antwort bekommen: „Wir lassen die Zu-
sage nicht in die Regierung.“ Zum
Schluß fordert Redner die Regierung auf, die
Beziehungen zum Vatikan wieder aufzunehmen,
damit der päpstliche Nuntius nach Prag
zurückkehre.

Der Krach der Bolschewisierung.

Dr. Meißner (tsch. Soz. Dem.) sagt, daß seine
Partei, wenn sie überhaupt Argumente dafür
suchen müßte, warum sie nach den Wahlen in die
Regierung gehen müßte, sie in den Erscheinungen
der ersten Sitzungen des Abgeordnetenhauses fin-
den müßte. Die Opposition habe weder die Mög-
lichkeit, noch den Wunsch, noch die Fähigkeit, die
Regierung zu bilden. Darin, daß die Kommu-
nisten in der parlamentarischen Tätigkeit ein Mittel
zur Befreiung der arbeitenden Klassen aus dem
kapitalistischen Joch sehen, erblickt Redner einen
Fortschritt, denn es ist noch nicht lange her,
seitdem die Kommunisten das Parlament als
bloße Schwachhude bezeichnet haben. Die
Kommunisten erklären weiter, daß sie für Tages-
forderungen des Proletariats kämpfen wollen.
Das ist von der idealen Bolschewi-
sierung schon so entfernt, wie der
Himmel von der Hölle. Die Massen der
Arbeiterchaft, die die kommunistische Partei wäh-
len, haben sie gezwungen, an Stelle der Bolsche-
wisierung das sozialdemokratische Programm zu
setzen. Redner erklärt die Kommunisten für Na-
tional-Bolschewiken.

Während der Rede Meißners kommt es
zwischen den tschechischen Sozialdemokraten
und den Kommunisten zu heftigen Zusammen-
stößen. Remes ruft hierbei den Kommunisten
zu: „Hier im Abgeordnetenhause habt ihr Kra-
wall gemacht, dann habt ihr bei den Ministern
Klinken gepöhl.“ Mit: „Die Kommunisten
sind die größten Klinkenpöher!“

Redner erklärt schließlich, daß die Regie-
rungspartei entschlossen sind, dem Minister-
präsidenten Redemöglichkeit zu verschaffen, daß
sich die Szenen der Vorwoche nicht mehr wie-
derholen dürfen, und er sagt an die Adresse der
Arbeiterpartei der Opposition und der Mehr-
heit: „Pflicht der Arbeiterchaft ist es, die Demo-
kratie zu schützen, weil dies der Boden ist, auf
dem die Endziele des Sozialismus erreicht wer-
den.“ (Hier kommt es wieder zu einem Zu-
sammenstoß zwischen tschechischen So-
zialdemokraten und Kommunisten,
wobei Remes den Kommunisten jurist:
„Laßt euch Löcher in die Gehirne
bohren, damit ihr besser hört!“) Zum
Schluß sagt Redner, daß durch Gesang und Ge-
schrei Furchen gefallen sei, daß aber durch Ge-
sang und Geschrei die Tschechoslowakei nicht ein-
stürzen würde.

Vizepräsident Dostálek ruft Juriga zur
Ordnung wegen eines Zwischenrufes während
der Rede Hlinka's: „Was Präsident Masaryk im
Buche „Weltrevolution“ geschrieben hat, ist eine
Schandale!“

Safránko (Kom.) erklärt gegenüber Hlinka,
der alles haßt, was tschechisch sei, er haße alles,
was kapitalistisch sei.

Košel (tsch. Volksparteiler), Major (Kom.)
und Halla (tsch. Agrarier) sind die nächsten
Redner.

Wohl gegen Neurath's Verleumdungs- taktik.

Genosse Págel wies die Angriffe des Abg.
Neurath gegen die deutschen Sozialdemokraten
als völlig grundlos entschieden zurück und er-
klärte namens unseres Klubs, daß es durchaus

nicht dessen Absicht ist und auch nicht seinen Intentionen entspricht, daß sich

sozialistische Parteien anlässlich einer Regierungserklärung gegen-

seitig angreifen. Die Kommunisten dürfen aber nicht glauben, daß ihre Ansprüche unbeantwortet bleiben und die deutschen Sozialdemokraten müssen für die Folgen dieser Diskussion den kommunistischen Klub verantwortlich machen.

Neuraths erstes Debut in diesem Hause sich von seiner bisherigen Methode, die deutschen Sozialdemokraten zu verdächtigen und zu beleidigen, durchaus nicht unterscheidet.

(Zwischenrufe der Kommunisten, es kommt zu lebhaften Kontroversen zwischen den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und den Kommunisten.) Redner erklärt die Behauptung des Abg. Neurath, daß die sozialdemokratische Partei die Absicht habe, in die Regierung sechs einzutreten, als verlogen und vollkommen unwahr. (Zwischenruf: Das ist die erlogene Moskauer Methode!) Die Behauptung, daß die Bergarbeiter auf der Reichskonferenz von Bohl und Brozil verraten wurden, ist völlig falsch, sie entsteht absichtlich die Tatsachen. Redner bespricht sodann auf einen Zwischenruf des Herrn Dr. Stern reagierend, den Verlauf des Strauer Bergarbeiterstreikes und sagt, die Fiktion der Politik der Kommunisten bestanden darin, daß

nach dem unglücklichen Verlaufe des Streikes 7000 Bergarbeiter auf Pflaster geworfen

wurden. (Lärmende Zwischenrufe der Kommunisten und heftiger Wortwechsel mit den deutschen Sozialdemokraten. Dr. Stern und Kulisek werden vom Vorsitzenden wiederholt aufgefordert, Ruhe zu bewahren.) Zum Schluß erklärt der Redner nochmals, daß die deutschen Sozialdemokraten an solchen Auseinandersetzungen, wie den heutigen, keine Freude haben, die Kommunisten sollen aber wissen, daß sich unsere Partei von ihnen weder beleidigen, noch verdächtigen lasse. (Stürmischer Beifall.)

Slavicek (tschechischer Nationalsozialist) erklärt, daß für einzelne Übergriffe nicht die ganze tschechische Nation verantwortlich gemacht werden könne. Redner erinnert weiters daran, wie der gewesene Vizepräsident Dr. Czech seine Funktion nicht ausüben wollte, um nicht tschechisch reden zu müssen.

Dr. Hauzeich: „Glauben Sie, daß Dr. Spina tschechisch antieren wird?“

Slavicek: „Wenn Sie ihm nicht den Hals brechen, so wird er tschechisch antieren.“ Während der Rede Slaviceks kommt es einigemal zu Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und den tschechischen Nationalsozialisten.

Dr. Gati (Kommunist) bespricht die tschechischen Wahlen, wobei es zwischen den Kommunisten und den Agrariern zu heftigen Zusammenstößen kommt.

Auch während der folgenden Rede des tschechischen Nationalsozialisten Bergmann kommt es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen den Nationalsozialisten und den Kommunisten.

Um 11 Uhr nachts wird aus dem Parlament gemeldet: Nach Mitternacht strömten die Abgeordneten in den Sitzungssaal, der dicht gefüllt ist. Vor der Ministerbank stehen die Abgeordneten der Koalitionsparteien zusammengedrängt. Während der Rede eines slowakischen Agrariers

Der Abbau — ein Vorwand für die nationalpolitische Gewaltpolitik.

Ein im Abgeordnetenhause eingebrachter Antrag der Abg. Gen. Dr. Czech, Grünzner und Taub auf Einsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung des Staatsangehörigenabbaues bezieht in seinen wichtigsten Teilen:

Das Gesetz über die Sparmaßnahmen in der staatlichen Verwaltung hat sogleich bei seiner Erlassung die lebhafteste Befürchtung hervorgerufen, daß seine Durchführung nicht nur zu sozialen Härten führen, sondern auch in nationaler Beziehung neues Unrecht gegenüber den nationalen Minderheiten setzen wird.

Insbesondere sind es jene Ressorts, welche den stärksten Personenstand haben, die Eisenbahn- und die Postverwaltung, in welchen das nationale Unrecht beim Angestelltenabbau selbst weit über das Maß hinausgeht, das als notwendige Begleiterscheinung des herrschenden Systems von vornherein erwartet werden konnte. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß in diesen beiden Verwaltungszweigen der Abbau überhaupt nur Vorwand und Instrument nationalpolitischer Gewaltpolitik gewesen ist.

Deutlicher als im „Bederni Těsto Slovo“ vom 10. Dezember kann nicht gesagt werden, daß die ganze Abbaution überhaupt nur nationalpolitische Zwecke verfolge und daß Angehörige der Reichsnation von ihr überhaupt nicht, oder doch höchstens zur Wahrung des Dekorums betroffen werden sollen, das man außerhalb der Partei der tschechoslowakischen Sozialisten noch für nötig hält.

Dabei handelt es sich bei den (vom „Sozialdemokrat“ feinerseit zitierten) Auslassungen leider durchaus nicht um einen journalistischen Exzeß, sie entsprechen vielmehr in ihrer Tendenz durchaus den Ausführungen des Ministers Dr. Frankl bei der letzten Budgetbehandlung und die vom „Těsto Slovo“ angeführten Ziffern sind keineswegs aus der Luft gegriffen. Nach den gewissenhaften Erhebungen, welche der „Verband der Eisenbahner“ bereits im Herbst dieses Jahres angestellt hat, wurden bis dahin allein im Direktionsbezirk Königgrätz, in welchem selbstverständlich der überwiegenden Mehrheit nach tschechisches Personal Dienst verrichtet, 1166 deutsche und nur 686 tschechische Eisenbahner abgebaut, während im Bereiche der Direktionen Prag-Nord und Olmütz mit ebenfalls überwiegend tschechischem Personal 3231 Deutsche und nur 1489 Tschechen vom Abbau betroffen wurden.

Aber diese an sich erschreckenden Ziffern werden noch weit übertroffen durch die Maßnahmen, welche unmittelbar nach den Wahlen getroffen worden sind. Durch die Maßnahmen sollen im Direktionsbezirk Olmütz allein, in welchem die deutschen Angestellten ohnehin schon schwer benachteiligt worden sind, neuerdings 1800 deutsche Eisenbahner mit einem Schlag aus dem Staatsdienste entfernt werden. Daß dabei ausschließlich nationalpolitische und keineswegs dienstwirtschaftliche maßgebend gewesen sind, ergibt sich mit aller Deutlichkeit daraus, daß in Jägerndorf allein, also einem wichtigen Eisenbahnnotenpunkt von 1449 Angestellten und Bediensteten, nicht weniger als 671, also 46 Prozent des gesamten Standes, abgebaut wurden und es ist klar, daß durch eine derartige Verwirfung des Personalstandes eine

schwere Beeinträchtigung des Betriebes hervorgerufen werden muß, selbst wenn diese 671 Menschen zum Teil durch ungeübte und nicht eingearbeitete Kräfte ersetzt werden.

Das sind nur die Ziffern von 3 Direktionsbezirken. Neuerliche Erhebungen des Verbandes der Eisenbahner haben ergeben, daß für den Abbau 6700 deutsche Staatsangestellte in Betracht gezogen werden und es ist daher die Zahl von 9000 für alle Minderheiten sicherlich zutreffend. Da im Ganzen 18.884 Personen abgebaut werden sollen, wovon sich 2288 freiwillig zum Abschieden aus dem Staatsdienst entschlossen haben, so bedeutet schon die Entlassung von 9000 Eisenbahnern, die den Minderheiten angehören, daß der Abbau zum größeren Teile auf Kosten der Minderheiten geht, obwohl diese nur ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen und an der Gesamtzahl des Eisenbahnpersonales mit einer noch weit geringeren Quote partizipieren, zumal sie schon durch das raffinierte System der Sprachprüfungen vielfach aus dem Staatsdienst hinausgedrängt worden sind. So sind allein in den Jahren 1921—1924 nicht weniger als 8557 deutsche Eisenbahner pensioniert oder entlassen worden. Durch alle diese Maßnahmen ist es bereits heute so weit gekommen, daß die deutschen Eisenbahner nur 14 Prozent des Personalstandes ausmachen, obwohl dem Bevölkerungsschlüssel ein Prozentsatz von 24 Prozent entsprechen würde.

Nicht minder erschreckend sind die Verhältnisse auch im Bereiche der Postverwaltung. Auch hier hat der Abbau auf Seite der Minderheiten bereits schwere Opfer erfordert, die nun durch eine Ende November und Anfang Dezember dieses Jahres in Szene gesetzte Aktion ins Unermeßliche gesteigert worden sind. So sind zum Beispiel in Bodenbach, wo bereits 254 deutsche Postbedienstete abgebaut wurden, neuerlich 63 deutsche Angestellte vom Abbau betroffen worden, in Wernsdorf, Rumburg, Schluckenau sind 80 Prozent der deutschen Angestellten aus dem Dienste entfernt worden. In Karlsbad wurden in jüngster Zeit 63 deutsche Angestellte entlassen, in Reichenberg 60, in Teplich 34, in Komotau 50, in Aš 28, in Oberleutenau 18, in Brüx gleichfalls 18, in Teplitz 28, in Kuffitz 60. Eine fürchterliche Verlustliste, die dabei noch auf Vollständigkeit gar keinen Anspruch erheben kann.

Wie sehr auch hier die nationalpolitische Routine alle anderen Erwägungen zum Schweigen gebracht haben, geht daraus hervor, daß in den Abbaubekreten ausdrücklich ausgesprochen wurde, daß er wegen mangelnder Kenntnis der Dienstsprache erfolgt sei und — so heißt es wörtlich — „dies ist so wichtig, daß die Rücksicht auf sprachliche und Familienverhältnisse unbedingt zurückzutreten hat.“ Dabei wurden vom Abbau vielfach Personen betroffen, welche die Sprachprüfung mit Erfolg abgelegt haben oder das Alter von 50 Jahren bereits überschritten haben und daher zur Ablegung von Sprachprüfungen nicht mehr verpflichtet sind.

Wer abgesehen davon ist die Berufung auf die Wichtigkeit der Kenntnis der Dienstsprache gerade in diesem Falle eine pure Heuchelei. Denn

es handelt sich hier um Städte, welche überwiegend oder fast ausschließlich von Deutschen besetzt werden, so daß zur Abwicklung des Postverkehrs in erster Linie die Kenntnis der deutschen Sprache erforderlich ist und es hat sich bereits in den ersten Tagen nach der Durchführung dieser Sparmaßnahmen gezeigt, daß durch die bereits im Zuge befindliche Erlegung des geschulten deutschen Personals durch Tschechen, welche der deutschen Sprache nicht oder nur sehr unvollkommen mächtig sind, der Postdienst erheblich leidet. Aber auch die gewaltsame Verjüngung des Personalstandes hat bereits zu schweren Unzulänglichkeiten geführt, die Abfertigung staut, die Zustellung verlangsamt sich und es häufen sich die Fälle, daß die Beförderung von Gegenständen nach benachbarten Orten mehrere Tage in Anspruch nimmt. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, ja wie aus der zitierten Begründung der Abbaubekretes hervorgeht, bewahrt außer Acht gelassen, welche sozialen Wirkungen ein derart rücksichtsloses Vorgehen auslösen muß. Witten im Winter, in der härtesten Zeit und während ohnehin die Arbeitslosigkeit wächst, werden Hunderte Menschen gezwungen über Nacht um ihre Existenz gebracht und bestenfalls mit lärglichen Abfertigungen entlassen. Das geschieht zur selben Zeit, da offiziell der „Geist von Locarno“ gepredigt wird und der Außenminister im In- und Auslande erklärt, daß die Minderheiten in der Tschechoslowakei keineswegs einen Kampf um ihre Existenz zu führen hätten. Die nackten Ziffern bilden eine schlagende Widerlegung solcher schönfärbischer Behauptungen und zugleich eine laute Anklage gegen das herrschende System.

Es ist klar, daß diesen Verhältnissen mit aller Beschleunigung ein Ende gemacht werden muß, und daß auch der Versuch unternommen werden muß, das bisher begangene Unrecht, so weit es überhaupt noch möglich ist, wieder gut zu machen. Dazu ist die raschste Aufhebung des Abbaugesetzes überhaupt notwendig, überdies aber eine genaue und gewissenhafte Untersuchung des bisher durchgeführten Abbaues.

Inseiner Abgeordnetensitzung stellt daher gemäß § 23 der Geschäftsordnung den Antrag:

Es wolle ein aus 18 Mitgliedern bestehender Ausschuss eingesetzt werden, dem folgende Aufgaben zugewiesen werden:

1. Die genaue Erhebung über die bisherige Durchführung des Staatsangehörigenabbaues,
2. entsprechende Vorschläge zur Rückgängigmachung aller Maßnahmen zu erstatten, und
3. hierüber binnen 4 Wochen dem Abgeordnetenhause zu berichten.

Für die Aufhebung des Abbaugesetzes überhaupt!

Ein Antrag der Abgeordneten Gen. Grünzner und Taub verlangt die Aufhebung des Gesetzes vom 22. Dezember 1924 betreffend Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung.

In der Begründung dieses Antrages heißt es: Das Gesetz über die Sparmaßnahmen in der öffentlichen Verwaltung bezweckt angeblich die Einleitung einer Verwaltungsreform. Die bisherige Durchführung des Gesetzes hat aber gezeigt, daß dieser Zweck mit den angewandten Methoden keineswegs erreicht werden kann. Es ist auf dem Gebiete der Reorganisation der öffentlichen Verwaltung bisher überhaupt nichts getan worden, wenn man von der sogenannten Kommerzialisierung der öffentlichen Betriebe absteht, die bereits vor dem Abbaugesetze eingeleitet war, lediglich eine formale Neuordnung in der Verwaltung bedeutet und keinerlei Ergebnis bringt. Die ganze Durchführung des Gesetzes beschränkt sich vielmehr

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1925.

Die Goldwähler am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde in Kanada und Alaska von Emil Droonberg.

Dem entsprach auch das Gepäck, das sie mit sich führten und das zumeist aus Kleiderfäden, Probiant, allen möglichen Werkzeugen und Schlitten bestand. Nebenbei waren aber auch eine Anzahl Hunde und Pferde in einem der unteren Laderaume untergebracht, denn diese waren, wenn überhaupt, in Juncou nur noch zu kaum erschwinglichen Preisen zu haben.

An der Kelling lehnte ein junger Mann von etwa vierundzwanzig oder fünfundsiebzig Jahren in der blauen Uniform der Schiffsküchens, dessen Pflichten wohl augenblicklich keine sehr dringenden waren, denn seine Beschäftigung bestand nur darin, das Leben und Treiben an Deck und auf dem Wasser mit Interesse zu beobachten. Das Bild fesselte ihn anscheinend so, daß er es gar nicht bemerkte, wie ein anderer Mann in der rauhen, derben Kleidung der meisten anderen Passagiere, der aber um ein halbes Dutzend Jahre älter sein mochte, ihn schon seit einer Weile prüfend musterte. Erst als dieser an ihn herantrat und leicht seine Schulter betastete, blickte er auf.

„Sind Sie es, Mister Escher — oder sind Sie es nicht?“

„Sie auch hier, Mister —“ fragte der Steward überrascht.

„Nane —“ fiel ihm der andere rasch ins Wort. „Werken Sie sich den Namen. Henry Nane, Abenteurer und Spekulant, der jede geeignete Methode benutzen wird, um von dem Golde,

das da oben gefunden wird, möglichst viel in seine Taschen zu lenken.“

„Sie wollen also auch nach dem Klondike?“

fragte der Steward, den der andere Escher genannt hatte.

„Wo das ist, sammeln sich die Geier“, erklärte Nane, der ziemlich klein von Statur war und schwächlich schien. Ein aufmerksamer Beobachter hätte sich freilich durch diesen Eindruck der Schwächlichkeit nicht täuschen lassen und die athletische Kraft in dem mageren Körper erkannt.

„Oh, an das wird's am Klondike nicht fehlen“, lachte Escher. „Daß Sie sich aber unter die Geier rechnen —“

„Die Geier sind sehr nützliche Tiere“, bemerkte Nane mit einem angenehmen Würdevollen Ernst. „Sie haben die Aufgabe, das was unschädlich zu machen.“

„Eigentlich brauche ich mich gar nicht zu wundern, Sie hier zu finden“, verlegte Escher, „denn ich weiß ja aus Erfahrung, daß Sie die Gewohnheit haben, an den unwahrscheinlichsten Orten aufzutreten.“

„Ja, es ist ein eigen Ding um die Gewohnheit“, gab der andere zu. „Aber bis zu einem gewissen Grade gilt das wohl auch von Ihnen, denn ich erinnere mich, daß ich Sie schon zu recht unwahrscheinlichen Zeiten an recht unwahrscheinlichen Orten getroffen habe. Wer wie kommen Sie jetzt in diese Uniform? Geben Sie für Ihre Zeitung nach dem Klondike?“

„Nicht ganz“, erwiderte Escher lachend. „Mich hatte das Goldfieber gepackt, wie andere auch. Es war schließlich auch kein Wunder. Denn nachdem ich zu recht unwahrscheinlichen Zeiten an den unwahrscheinlichsten Orten, wie Sie sehr richtig bemerkten, den Neugierigen für meine Zeitung nachgejagt war, hatte ich in der Schriftleitung noch die Berichte der Telegraphenagenturen aus dem Golddistrikt durchzusehen und für die Zeitung zu bearbeiten. Sie bekommen da ein Telegramm von

zehn Worten und haben daraus tausend zu machen. Die sehenden neunhundertneunzig haben Sie zu erraten, sich selbst aus, und Ihren Besern vorzumalen. Dabei rannte mir mein Phantasie immer voraus, und wenn ich glaube, daß ich meine Berichte vom Chefredakteur zurückhalten würde, weil ich zu sehr gelogen hatte, so fand ich am nächsten Tag immer, daß ich noch nicht genug gelogen hatte, um die Wahrheit einzuholen; denn die war mir immer noch um ein paar Fingerringe voraus. Schließlich machte ich dem Chefredakteur den Vorschlag, mich als Berichterstatter nach dem Klondike zu senden.“

„Und deshalb sind Sie hier?“

„Keineswegs. Zunächst versuchte er mich, davon zu überzeugen, daß ich an Größenvorahnung litt; denn das sei eine Aufgabe, wie man sie keinem deutschen Grünhorn, wie ich eins sei, übertrage. Ich hatte mir aber die Sache durch den Kopf gehen lassen und mir gesagt, daß ich bei aller Mühe und bei allem Fleiß doch wohl mein Leben lang ein Journalist in ganz untergeordneter Stellung bleiben würde, wenn es mir nicht gelänge, durch einen außerordentlichen Zufall meinen Namen vor das Publikum zu bringen. Die gute und fleißige Arbeit reicht dazu nicht aus. Man bezahlet stets den Namen. Nun, hier war die außerordentliche Gelegenheit. Wenn es mir nur gelang, nach dem Klondike zu kommen, so würde ich auf jeden Fall Gold finden. Viel Gold. Die Möglichkeit, einen Fund zu machen, bestand für mich wie für jeden anderen. Aber selbst wenn das auch nicht der Fall sein sollte, so würde ich Berichte an die Zeitungen senden und diese mit meinem Namen zeichnen. Das war auch Gold; denn meine Karriere war dann gemacht. Wenn das nun Größenvorahnung war, so werden Sie mir zugeben, daß wenigstens Methode darin lag, und nur der Chefredakteur auch einzusehen, denn wenn er sich auch nicht dahin verflieg, mich auf Kosten des

Blattes als Berichterstatter nach dem Klondike zu senden, so erklärte er sich doch bereit, alle Berichte aufzunehmen, die ich ihm senden würde; und gab mir ein paar Hundert Dollars Vorschuß.“

„Die reichen aber nichts hin“, verlegte Nane.

„Für einen Mann von Verstand und ein gewisses Maß davon dürfen Sie bei einem Zeitungsreporter schon voraussehen — reichen sie sehr weit.“

Mr. Nane schüttelte zweifelnd den Kopf.

„Sie brauchen doch schon allein ein paar hundert Dollars für Proviant. Am Klondike herrscht infolge des Zubranges so vieler Menschen ein so großer Mangel an Nahrungsmitteln, daß man niemanden mehr hineinläßt, der nicht für ein Jahr Proviant mitbringt. Die Not würde sich sonst ins Ungeheure steigern.“

„Weiß ich“, entgegnete Escher, „und ich weiß auch noch einiges mehr. Ich habe nicht umsonst alle Berichte von Klondike in die Hände bekommen. Die Folge davon ist, daß ich mich für vierzehn Tage reichlich mit Nahrungsmitteln versehen habe. — Sie brauchen mich gar nicht so unglaublich anzusehen, denn ich war eben im Begriffe, hinzuzufügen, daß ich mit genügendem Proviant für ein Jahr im Dawson eingutreffen gedenke.“

„Wollen Sie in Juncou die ungeheuren Preise dafür bezahlen?“

„Mein lieber Freund, ich glaube ihnen eben angebeutet zu haben, daß ich mir Schmiedelei, wenigstens das normale Quantum von Verstand zu besitzen. Ich denke also ganz im Gegenteil meinen Proviant umsonst zu bekommen.“

„Und werden Sie, nachdem Sie sich nun gescheitelt haben, vielleicht auch so liebenswürdig sein, mir zu sagen, wie Sie das auffangen wollen?“

(Fortsetzung folgt.)

auf die Verdrängung der Staatsangestellten aus dem Dienst, wobei nur insofern Plan und System vorhanden war, als der Abbau ausschließlich politisch und insbesondere nationalitätsmäßig geleitet war.

den Aufwand für Ersatzkräfte, welche an Stelle der wohllos hinausgeworfenen eingestellt werden mußten. Schließlich hat auch die Regierung, welche die bereits verabschiedete Herabsetzung der Zahl der Ministerien aus rein parteipolitischen Gründen entgegen den sachlichen Bedürfnissen nicht vorgenommen hat, jedes Recht darauf verloren, einen Angestelltenabbau durchzuführen.

Sonach entscheidet über die Errichtung, Erweiterung und etwaige Sperrung einer Schule stets nur eine gleichsprachige Schulbehörde.

IV. Zusammensetzung der Schulbehörden.

1. Die Orts-, Bezirks- und Landes-(Gau-)Schulräte werden zusammengesetzt:

a) zu zwei Dritteln aus Vertretern der Bevölkerung, die aus dem Abschnitt I, Punkt 5, angeführten Selbstverwaltungskörpern gewählt werden. Die Wahlordnung bestimmt ein besonderes Gezet, wobei jedoch der Grundsatz des Verhältniswahlrechtes aller Personen, welche das aktive Wahlrecht für das Abgeordnetenhaus besitzen, gewahrt bleiben muß.

b) zu einem Drittel aus Vertretern der Lehrerschaft, welche von allen Lehrern jener Schulen gewählt werden, die der Verwaltung des betreffenden Schulrates unterstehen.

c) jeder dieser Schulbehörden ist ein Arzt derselben Nationalität mit Stimmrecht zuzuziehen.

2. Der Reichsschulrat jeder Nation wird von den Bezirksschulräten bzw. nach Errichtung der Gauschulräte von diesen gewählt, wobei das im Absatz 1 festgesetzte Verhältnis zwischen Vertretern der Bevölkerung und Lehrervertretern beizubehalten ist.

V. Aufbringung der Mittel.

Die Schulbehörden bestreiten die Kosten der bereits bestehenden und etwa noch zu errichtenden Schulen:

1. Aus den ihnen nach dem nationalen Schulgesetz zurzuführenden Mitteln,

2. aus besonderen nationalen Kultursteuern, die jede Nation von ihren Angehörigen einzuhellen berechtigt ist.

VI. Anstellung und Beförderung des Lehrpersonals, Ausübung der Disziplinargewalt.

Die Anstellung des Lehrpersonals und des sonstigen Personals der Schulverwaltung einschließlich der Schulinspektoren vollzieht der betreffende Schule vorgelegte gleichsprachige Landeschulrat (Gauschulrat nach Durchführung der Gauerfassung) unter Beachtung des Grundsatzes, daß an jeder Schule nur ein solcher Lehrer angestellt werden kann, dessen Nationalität mit der Unterrichtssprache der betreffenden Schule übereinstimmt. Die Landes-(Gau-)Schulinspektoren ernannt der zuständige nationale Reichsschulrat.

Besüglich ihrer Ansprüche auf Erneuerung und Beförderung unterstehen die Lehrer aller Schulen und die andern Angestellten der Schulverwaltung den gleichsprachigen Schulbehörden. Diese üben auch die Disziplinargewalt aus.

VII. Sprachengebrauch.

Alle Schulbehörden antizipieren ausschließlich in der Sprache der Nation, für welche sie zuständig sind. Das gilt von der Führung der Amtsschriften, der Ausstellung von Dokumenten und Zeugnissen, ebenso bezüglich der Herausgabe von Erlässen und Dekreten. Diese Sprache ist auch die innere Dienstsprache der nationalen Schulbehörden.

In formeller Beziehung wird die Zuweisung an den Kulturausschuß beantragt.

Die Schule in das Eigentum jedes Volkes!

Die deutschen Sozialdemokraten für die Schulautonomie.

Zu den Problemen, welche die nationalen Gegensätze ständig verschärfen und verbittern, gehört die Unterwerfung der Schule unter die zentralistisch-bürokratische Verwaltung. Gerade die zu Beginn des heutigen Schuljahres erfolgte neuerliche Auflassung von hundertern von Schulklassen, die alle bisherigen Schulrestriktionen an Umfang weit übertraf, hat dies mit aller Deutlichkeit aufgezeigt. Die stürmische Erbitterung der Bevölkerung, welche sich in zahlreichen Klassenkundgebungen äußerte, beweist, daß es hoch an der Zeit ist, diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu setzen.

Diese sind in der Regel mit einem politischen Bezirk identisch. In jedem dieser Bezirke wird, sobald sich in ihnen Schulen beider Nationen befinden, für jede in Betracht kommende Nation ein eigener Bezirksschulrat gebildet. Ist die Zahl der Schulen einer der beiden Nationen nicht so groß, daß sie zur Errichtung eines eigenen Schulbezirkes ausreicht, so können entweder die Schulen mehrerer Bezirke dieser Nation zu einem Schulbezirke vereinigt werden oder es können diese Schulen der Aufsicht eines benachbarten gleichsprachigen Bezirksschulrates unterstellt werden.

3. Insofern die Landesautonomie besteht, ist in jedem Lande der bereits bestehende Landeschulrat und dessen nationale Sektionierung beizubehalten, bezw. zu bilden.

4. Nach Einführung der Gauerfassung ist in jedem Gau für die Schulen jeder der in diesem Gau vertretenen Nation ein eigener Gauschulrat zu errichten. In Proa ist auf gleiche Weise für jede Nation ein Reichsschulrat zu errichten.

III. Wirkungskreis der Schulbehörden.

1. Der Wirkungskreis der im Abschnitt II genannten Schulbehörden ist im allgemeinen, soweit es sich um das Schulwesen der Nation handelt, für die errichtet wurde, der gleiche, wie er in den derzeit geltenden Schulgesetzen festgesetzt ist. Der Reichsschulrat übernimmt die Aufgaben des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur, soweit sie sich auf die Nation beziehen, für die er zuständig ist. Ihm unterstehen auch die Hochschulen der betreffenden Nation.

Die staatliche Schulaufsicht wird auch weiterhin durch das Ministerium ausgeübt.

2. Das Minderheitenschulgesetz ist aufzuheben. Es erstreckt sich daher die Zuständigkeit der unteren Schulbehörden auch auf die bisher als Minderheitenschulen geführten Volks- und Bürgerschulen. Das im § 5 des Gesetzes Nr. 189-19 und § 2 des Gesetzes Nr. 202-20 dem Ministerium eingeräumte Recht auf Errichtung und Erweiterung von Minderheitenschulen sowie die nach dem § 9 des Gesetzes Nr. 189-19 dem Vorsitzenden des Landeschulrates eingeräumte Befugnis zur Sperrung von Schulen u. Klassen geht an die betreffenden nationalen Landeschulräte bzw. nach Einführung der Gauerfassung an die national zuständigen Gauschulräte über.

Parlamentarische Aktionen unserer Partei.

Sobald bei Beginn der Tätigkeit der parlamentarischen Körperschaften hat der Abgeordnetenkreis der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei eine Reihe von Aktionen unternommen, die eine Reihe der wichtigsten Probleme behandeln.

Ein Antrag der Abgeordneten Genossen Hillebrand, Dr. Czsch, und Pohl verlangt die Einführung der nationalen Schulautonomie. Der Antrag stellt die einzelnen Grundzüge, auf denen ein Gesetzentwurf, durch welchen das Schulwesen auf Grund der nationalen Autonomie neu geregelt werden könnte, dar. Er zerfällt in sieben Kapitel, und zwar: „Der nationale Kataster“, „Organisation der Schulverwaltung“, „Wirkungskreis der Schulbehörden“, „Zusammensetzung der Schulbehörden“, „Aufbringung der Mittel“, „Anstellung und Beförderung des Lehrpersonals“, „Sprachengebrauch“.

Mit der Frage des Staatsangehörigen-Abbaues befaßten sich zwei Anträge unserer Genossen. Ein Antrag Grünzner und Taub verlangt die Aufhebung des Abbaugesetzes überhaupt und motiviert dies in einer umfangreichen Begründung. Ein Antrag Dr. Czsch, Grünzner und Taub verlangt die Einsetzung eines Ausschusses zur Überprüfung des bisher durchgeführten Staatsangehörigen-Abbaues.

Kommunistisches.

In einer Besprechung der Aufgaben der kommunistischen Partei im Aufleger Bezirk in der „Internationale“ heißt es noch eingehender Würdigung des Kampfes gegen die Christlichsozialen und Hosenkreuzler, die dort eine lebhaftige Agitation entfalten:

„Neben den Schwarzen und Gelben verdienen natürlich auch die Sozialdemokraten noch Beachtung, aber wenn wir klar die Frage beantworten wollen, wem zunächst unser Kampf gelten soll, so muß ganz offen gesagt werden, den Gelben und Schwarzen. Sie sind augenblicklich die größere Gefahr.“

Man spürt förmlich, wie leid es dem Schreiber tut, den Lesern, die dank der kommunistischen

Die Genossen Dietl und Pohl befaßen sich in einem Antrag mit dem Mißbrauch des Ermächtigungsgesetzes, dessen Aufhebung sie verlangten.

Die Genossen Dr. Czsch, Hillebrand und Padenberg legen dem Hause einen wichtigen Antrag auf Abänderung des Gesetzes über die Geschäftsordnung vor. Der Antrag will vor allem das Recht zur Einbringung selbständiger Anträge und Interpellationen nicht auf den engen Kreis von 21 Abgeordneten begrenzen. Wenigstens doch im alten österreichischen Reichsrat, der zuletzt 516 Mitglieder zählte, die Beibringung von 15 Unterschriften!

Mit Rücksicht darauf, daß die Gründe, welche zur Einbringung des Antrages auf Abschaffung der Todesstrafe in der ersten Legislaturperiode des Parlamentes führten, noch fortbestehen, wiederholte Genosse Hillebrand den seinerzeitigen Antrag unseres Klubs, durch den die Todesstrafe auf allen Gebieten der Strafrechtspflege abgeschafft werden soll.

Zwei weitere Interpellationen befaßen sich mit Schulangelegenheiten lokalen Charakters.

Wir werden diese umfangreichen Interpellationen und Anträge stappweise zum Abdruck bringen.

Sehe ganz auf den Kampf gegen die Sozialdemokraten eingestellt sind, zu sagen, daß Gelbe und Schwarze nicht ganz vernachlässigt werden dürfen, so daß „augenblicklich“, „ganz offen“, „klar“ und „zunächst“ der Kampf der Kommunisten dem — Bürgertum zu gelten hat. Wie ernst es dem Kommunisten mit der nun von ihnen entdeckten Notwendigkeit des Kampfes gegen die Bourgeoisie ist, wird ja die Erfahrung bald lehren. Indessen halten wir diese Kampfanfrage für unernst und bloßer Demagogie entspringen. Die Kommunisten werden weiter so wie bisher ihren Kampf ausschließlich gegen die Sozialdemokratie führen und diesen „Sozialverräteren“ den Kampf gegen Schwarze, Gelbe und alle anderen Schattierungen des Bürgertums überlassen.

An unsere gelächelten Leser, Interenten und Kolporteurs!

Wir bringen zur Kenntnis, daß die Weihnachtsummer unseres Blattes mit den Weihnachtsummern und einer umfangreichen Weihnachtseilage mit Beiträgen aus der Feder hervorragender Parteilgenossen, Donnerstag den 24. Dezember erscheint. Da in diesem Jahre drei Feiertage aufeinander folgen, so wird die nächste Nummer unseres Blattes erst wieder am Dienstag den 29. Dezember zur gewöhnlichen Stunde herauskommen. Unser Blatt wird somit volle fünf Tage aufliegen, worauf wir unsere Herren Interenten ganz besonders aufmerksam machen, da dieser Umstand eine ungemein günstige Interenten Gelegenheit darstellt.

Die Verwaltung.

Die „Internationale“ veröffentlicht auch einen Artikel des parteilosen Arbeiters und Auslanddelegierten Minarik, Aufg. der günstige Zeugnisse freigelassener russischer Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre über die Sowjetregierung anführt. Die „Internationale“, die aus diesem Berichte Kapitel schlagen will, scheint selber gar nicht zu merken, wie belästigt eben diese Zeugnisse für die Sowjetregierung und für die Kommunisten sind. Einer der linken Sozialrevolutionäre, die dem parteilosen Herrn Minarik in Freiheit vorgeführt wurden, sagte ihm nämlich: „Acht linker Sozialrevolutionäre erstirbt mehr, nur einige im Gefängnis.“ Damit wird bestätigt: wer es wagt, sich in Russland als Sozialrevolutionär oder Sozialdemokrat zu bekennen, wandert ins Gefängnis. Und nur wer dort zu Kreuze kriecht, wird freigelassen und dient dann als Parodiezeuge russischer Freiheit und Herrlichkeit vor den diversen Minariks.

In einem Artikel des Kommunisten Otto Pfeffer findet sich folgender Satz: „Do auch der Kleinbürgerliche Spießer heute nicht mehr an Hunger glaubt, fragte er sich erst, moher dieser Wahlerfolg der Kommunisten kam.“

Also nicht der Hunger — an ihn glaubt heute nicht einmal mehr der Spießer! — hat Arbeiter zu kommunistischen Wählern gemacht; es gibt keinen Hunger mehr in der Tschechoslowakei, und keine Not... Jedemfalls für Herrn Pfeffer nicht, dessen Ansichten aber des Interesses für alle Arbeiter, da es doch allen so ausgezeichnet geht, nicht zu entbehren scheinen.

Eine Weihnachtsaushilfe für die Odrauer Metall- und dem Arbeiter.

Mähr.-Odrau, 21. Dezember. In den Witzlauer Werken wurde heute zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes, des Verbandes der Metallarbeiter und des Verbandes der Angestellten der chemischen Industrie mit Vertretern des Verbandes der nordmährisch-schlesischen Industriellen über die vorgelegten Forderungen wegen Auszahlung einer einmaligen Aushilfe für die Arbeiterchaft verhandelt. Nach langen Verhandlungen, die bis in die späten Nachstunden dauerten, wurde ein Einvernehmen über die Art erzielt, nach der der Arbeiterchaft zu Weihnachten eine Aushilfe ausbezahlt wird. Die Vertreter des Industriellenverbandes verlangten aber noch die nachträgliche Genehmigung des Industriellenverbandes, welche sie morgen vormittag vorlegen sollen.

Christliche Wahrheitsliebe. Die „Deutsche Presse“, das Hauptorgan der Christlichsozialen, bau seinem letzten Leitartikel auf der Behauptung auf: „Der Regierungserklärung stehen zwei deutsche staatsrechtliche Erklärungen gegenüber, und zwar die der Deutschnationalen und jene gemeinsame der Christlichsozialen, Agrarier, Nationalsozialisten und Gewerkschaftler. Daß auch die deutschen Sozialdemokraten bei Eröffnung der Session ihre Erklärung abgaben, wird in dem Artikel, der sich „Erklärungen“ nennt und sich auch mit nichts anderem beschäftigt, vollkommen unterschlagen. Die guten Christen — welche wahrhafte, ehrliche Presse steht ihnen doch zur Verfügung!“

Rundfunk für Alle!

Gründung einer Zweigstelle Warnsdorf des „Freien Radiobundes“. Freitag, den 18. Dezember, wurde die Gründung einer Zweigstelle Warnsdorf des „Freien Radiobundes“ vorgenommen. Zum Obmann wurde Genosse Rudolf Köhler, zum Kassier Genosse Max Dorisch gewählt. Die Ortsgruppe wird sofort mit ihrer Tätigkeit beginnen.

Programm für heute, den 22. d. M.

8.15: Deutsche Sendung auf Wellen 800, Hugo Selus liest eigene Gedichte; 20.02: Nordische Musik. — Brunn, 19: Proben aus „Libuska“; 20: Konzert (Prof. Kuelbade u. Prof. Kowal). — Berlin, 21: Wie die Ästen sunen...; 22.30: Wink für Funkbastler. — Stuttgart, 20: Bühnens Weihnachtstraum. — Leipzig, 20.15: „Die Jahreszeiten“. — Breslau, 20.15: Wiener Abend. — München, 20.30: Operettenmusik. — Frankfurt, 19: „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“. — Wien, 20.15: Wiener Symphonieorchester. — Järich, 20.30: Konzert für Klarinette und Viola. — London, 21: Humpertindis „Hänsel und Gretel“. — Paris, 21.30: Konzert.

Vor großen Ereignissen in Oesterreich.

Wie die „Arbeiter-Zeitung“ schon Sonntag andeutete, und wie gestern durch Telegramme aus Wien bestätigt wurde, steht Oesterreich vor großen politischen Kämpfen. Die Christlichsozialen, die im Vorjahre mit ihrem Versuch, den Mieterschutz abzubauen, täglich Schiffbruch gelitten hatten, versuchten, die Erhöhung der Mieten in dem Augenblick wieder auf die Tagesordnung zu stellen, als das Wohnungsanforderungsgesetz abließ. Nun würde mit dem Fallen des Anforderungsgesetzes die ganze Wohnungspolitik der Gemeinde Wien unwirksam. Denn die Verteilung der Wohnungen an die bei der Gemeinde Gemeindediensten kann nur dann in gerechter Weise vollzogen werden, wenn nicht nur die Wohnungen in den Gemeindebauten, sondern auch die ungefähr 3000 Wohnungen, die in Wien jährlich herrenlos werden, der Gemeinde zur Verfügung stehen. Werden diese Wohnungen dem privaten Wohnungshandel, das heißt also dem Wohnungswucherer, überlassen, dann reichen die Gemeindevorstellungen nicht aus, um die Wohnungsnot zu beheben. Außerdem würde bei einem Abbau des Mieterschutzes die Gemeinde natürlich um die Wohnbausteuer und damit um die Möglichkeit gebracht werden, Wohnungen zu bauen. Das alles wollen natürlich die Christlichsozialen, denn die Baupolitik der Gemeinde ist ihnen ein Dorn im Auge und sie hoffen, den Sozialdemokraten politisch, den Arbeitern wirtschaftlich Schaden zu können, wenn sie entweder das Anforderungsgesetz nicht erneuern oder es gegen den Abbau des Mieterschutzes eintauschen. Die Sozialdemokraten sind aber nicht gewillt, mit den Christlichsozialen um den Mieterschutz zu feilschen. Sie haben den Regierungsvorlagen den schärfsten Kampf angezogen. Da auch alle ersten Vorstellungen, wie der offene Brief des Genossen Seih, bei den Christlichsozialen mit Hohn hervorgehoben haben, ist es unabweisbar, daß die Sozialdemokraten das Parlament arbeitsfähig machen werden. Man kann übrigens hier wieder deutlich aufzeigen, wie in einem wirklich demokratischen Staate der Ausgleich der Interessen stattfindet. Bei uns kann auch die größte Opposition gegen die „Rechts“ nichts ausrichten, in Oesterreich kann das Parlament gewisse Staatsnotwendigkeiten nur mit der Opposition erledigen und die Sozialdemokraten sind in diesem Falle, wenn die Reaktion von ihrem, die breiten Massen ins Mark treffenden Anschlag nicht abläßt, den Appell an das Volk durchsetzen.

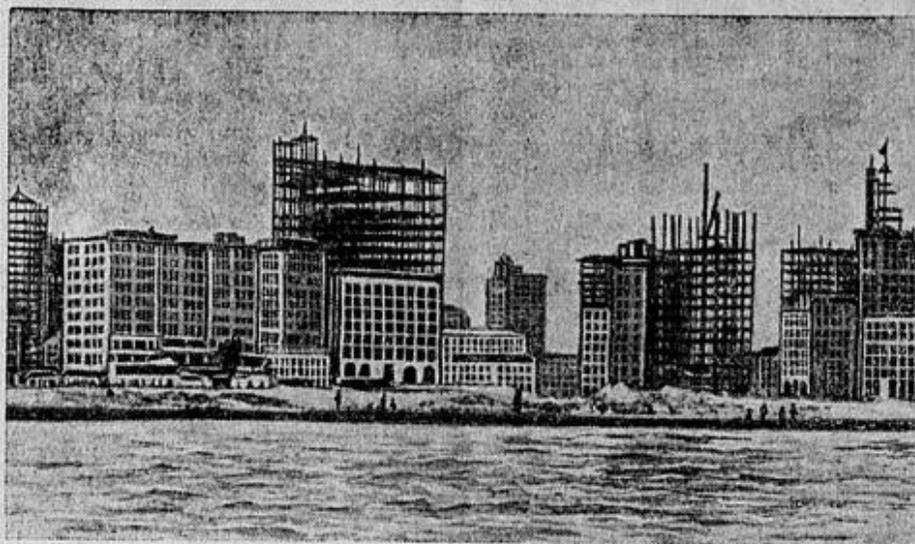
Die Siemenswerke als Mörderzentrale.

Enthüllungen des Berliner „Vorwärts“.
 Berlin, 21. Dezember. (Eigenbericht.) Als der Brief Kaldorffs, der das Attentat gegen Stresemann geplant hatte, veröffentlicht wurde, da erkannte die Öffentlichkeit daraus, daß in den Berliner Werken der Firma Siemens Gesinnungsgenossen und Förderer Kaldorffs sitzen müssen. Der „Vorwärts“ hat eingehende Angaben über die Zustände gebracht. Die Firma Siemens hat versucht, sie zu bestreiten.
 Nun veröffentlicht der „Vorwärts“ weitere Mitteilungen. Es wird da zunächst festgestellt, daß die Personalreferate der einzelnen Werke in Händen von Böllischen liegen, die aus ihrer Gesinnung absolut kein Geht machen. Wenn in der Siemens-Erklärung gesagt wurde, daß die Firma Leute, die sich innerhalb ihrer Betriebe politisch betätigen, entferne, so trifft das für solche Leute zu, die den linksstehenden Parteien oder den freien Gewerkschaften angehören. Ungefähr 500 bis 600 Offiziere der ehemaligen Armee und Marine haben bei den Siemenswerken eine neue Betätigung gefunden. Ein Teil von ihnen bezieht außer seinem Gehalte eine monatliche Pension von der Republik bis zu einer Höhe von 600 Mark. Viele von ihnen sind in leitender Stellung. Ihre Ausbildung erhielten sie in einem technischen Büro irgendwo im Reich und wurden dann bei Siemens Büro- und Personalchefs oder Sozialpolitiker.
 Ein Bedingheim, das von der Firma im Oktober dieses Jahres fertiggestellt worden ist, besteht aus einer Anzahl von Baracken, die hinter den Werken und von der ganzen Welt abgeschlossen liegen. Diese Baracken sind kolonialmäßig möbliert. Sie sind die eigentlichen Brutstätten der Böllischen.

Die Mussolini-Gewertigkeiten werden boykottiert.

Im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, der gegenwärtig in Brüssel tagt, kam es zu wichtigen Auseinandersetzungen über die italienische Faschistengewerkschaften.
 Der italienische Faschistenvertreter Rangoni, der an den beiden internationalen Arbeitskonferenzen teilgenommen hatte, wurde bei der Ernennung der Kommission systematisch übergangen. Dagegen protestierte am Donnerstag der Vertreter der italienischen Regierung, der mitteilte, daß seine Regierung Rangoni als Arbeitervertreter zur Kommission bestimmen habe. Darauf entspann sich eine heftige Debatte, in der die Vertreter verschiedener Länder betonten, daß als Arbeitervertreter nur Delegierte von vollständig unabhängigen Arbeiterorganisationen gelten dürften. Das traf auf faschistische Gewerkschaften auch nicht zu, um so weniger, als ja die italienische Regierung alle unabhängigen Gewerkschaften gewaltsam unterdrückt. Der Verwaltungsrat beschloß, faschistische Vertreter auch fernerhin nicht in Kommissionen zuzulassen.

Amerikanischer Städtebau.



Volkenträger-Bauten einer schnell wachsenden Stadt in Florida.

Tages-Neuigkeiten.

Schamlose Falschmeldungen des „Tag“.

Vor kurzem brachte der „Tag“ in großer Aufmachung aus dem Reich einige Urteile, die zur Ehrenrettung Sifers und Gottfried Feders beitragen sollten. Nun wäre zwar ein solches Urteil in den Augen denkender Menschen keine Ehrenrettung, denn, was von deutschen Gerichten zu halten ist, das weiß man seit dem Münchener Urteil, wenn man es vorher noch nicht gewagt hätte. Nun lohnt es sich aber, selbst da, wo der Tatbestand nichts zur Sache tut, dem „Tag“ auf die Finger zu zeigen. Wir erkundigten uns bei der Chemnitzer „Volkstimme“, was es mit dem Urteil für ein Verbands habe, das angeblich gegen den Redakteur der „Volkstimme“ wegen einer Beleidigung Gottfried Feders erfolgt sein soll. Wir erhalten von der Redaktion unseres Bruderblattes folgende Antwort:

„Für Euren Brief von gestern besten Dank. Sein Inhalt zeigt uns, daß Eure Falschmeldung ihren deutschen Gesinnungsfreunden durchaus nicht nachzehen. Soweit der Schanbartikel des nationalsozialistischen „Tag“ die „Volkstimme“ angeht, ist er von A-Z ersunken und erlogen. Die Chemnitzer „Volkstimme“ hat nie einen Redakteur Lorenz gehabt, die Chemnitzer „Volkstimme“ hat nie einen so berühmten Mann wie Herrn Feder in der angegebenen Form „beleidigt“ (obwohl wir uns mit dem Hg. Feder aus unserem Bezirk sehr oft beschäftigen mußten) und gegen die „Chemnitzer „Volkstimme“ ist nie ein Gerichtsbescheid in dieser Angelegenheit, geschweige denn in der Aufmachung des „Tag“ ergangen. Dies zur Steuer der Wahrheit.“

Lügen haben kurze Beine und die Böllischen sollten sich lieber auf Berichte aus Arabien und allenfalls aus Madrid beschränken. Deutschland ist für die Dimensionen der faschistischeren Journalistik nicht minder zu klein, als Majedonien es für Alexander den Großen war. Die Methoden der nationalsozialistischen Presse werden durch diesen Fall wieder einmal zur Genüge gekennzeichnet.

Ohne Uniform ist's nicht das Richtige. Ein hübsches Christkind steht uns von der tschechoslowakischen Demokratie bevor: es soll nämlich, wie das „Ceste Slovo“ seinem Publikum aus den Präsidien der beiden Kammern vertraulich mitteilt, munter die Parlamentswache uniformiert werden. Wenn das geschieht, so doch zweifellos deswegen, um die tschechoslowakische Demokratie bei allen jenen, die noch nicht restlos von ihr überzeugt sind, in höheren Respekt zu setzen. Und schließlich mag es ja für die Parlamentswächter unangenehm sein, etwa mit einem Koalitionsabgeordneten verwechselt und dann erst genötigt zu werden, sich auf ihre Würde zu berufen. Man wird da an jene Gattolale erinnert, in denen Smoking, oder Frackzwang herrscht und wo die Kellner ständig Gefahr laufen, für Gäste gehalten zu werden. Umgekehrt kann es natürlich auch passieren, daß ein Gast mit einem Kellner oder ein Abgeordneter mit einem Parlamentswächter verwechselt wird, was letzteres insbesondere auf dem parlamentarischen Kampfboden der tschechischen Demokratie durchaus möglich ist. So läßt sich also eine gute Reihe von Gründen für die Uniformierung der bisher in schlichtes Zivil gekleideten Wächter der parlamentarischen Verfassung anführen und es wird sicherlich auch zu ihrer Hebung beitragen, wenn eine militärische Uniform ihren Trägern stets die Bedeutung ihres schweren Dienstes vor Augen führt. Man stelle sich nur die disziplinären Wirkungsmöglichkeiten einer uniformierten Volkswachtruppe vor, die zivile Wächter gar nie erzielen könnten: wenn beispielsweise ein oppositioneller Abgeordneter sich gegen den Hinauswurf durch einen Parlamentsfreien zur Wehre setzen wird, so wird oben ein demokratisches schützendes Korporal oder gar ein Feldwebel aufmarschieren, dem es dann spielend leicht sein wird, mit dem geistigen Argument seiner besseren Montur und höheren Charge den demo-

kratischen Zustand wieder herzustellen. Ueber die besondere Ausstattung der Parlamentssoldaten liegen bisher noch keine konkreten Angaben vor. Wahrscheinlich schwankt man zwischen Fiedelsaube-Bendrel, Stahlhelm-Schleppfädel, Feuerwehraus-Spritze. Am besten wird es jedenfalls sein, wenn man alle diese „Passengattungen“ kombiniert, erstens um das Parlamentsarsenal allen modernen Anforderungen gerecht zu machen und zweitens, damit nicht, bei einseitiger Ausrüstung, etwa wieder Verwechslungen mit den „hasel“ vorkommen, worüber sich diese mit Recht beschweren würden.

„Faschistische Demonstrationen unter dem Protektorat der Polizei.“ Unter diesem Titel berichtet das „Pravo Lidu“ über die Sonntagsdemonstration der Prager Faschisten und schreibt u. a.: „Nach der Kundgebung am Wenzelsplatz zogen die Demonstranten auf den Graben zum Deutschen Haus, wo sie nationale Lieder sangen. Die Polizei wollte sie an dem Zuge zum Graben hindern, doch die Demonstranten waren unnachgiebig und da ist die Polizei, die sonst so energisch ist, einfach zurückgewichen. Die Polizei ließ es schließlich auch zu, daß die Demonstranten vors Parlament zogen. . . . Faschisten, Nationaldemokraten, Klerikale, Polizei — wirklich, eine gemischte Gesellschaft.“ An einer anderen Stelle heißt es: „Es ist interessant, daß wir eine so bürokratische Polizei haben, daß sie erkennt, weshalb jemand demonstriert, und schließlich sogar an der Spitze des Umzuges geht, damit den Herren Faschisten nicht am Ende etwas zustossen könnte. Wir sind neugierig, ob der abtretende Präsident der Prager Polizei für das gestrige Vorgehen der Polizeimannschaft zur Verantwortung gezogen wird. Wir protestieren dagegen, daß sich auf den Straßen nationale Demonstrationen breit machen, deren Arrangure ihre reaktionären Sonderabsichten nicht verheimlichen.“

Der Sängerkrieg in der Tschechoslowakei. Auf dem Boden der Republik ist ein mächtiger Sängerkrieg entbrannt, gegen den der Sängerkrieg auf der Wartburg ein Stanger genannt werden muß. Im Parlament sangen deutsch-nationale Abgeordnete das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“ Jubor hatten die Slowaken bekanntlich das „Hej Slovane“ gesungen. Beide Sängerkörpere, die einander ja an Würdigkeit so ziemlich gleichkommen dürften, spendeten sich gegenseitig Applaus, worüber die „Narodni Politika“ in eine Jeremiaßklage ausbricht, daß die Slowaken dies tun könnten. Die notwendige Folge dieser beiden Gesangsaufführungen aber war, daß die tschechischen nationaldemokratischen Faschisten, die ja schon lange Zeit keine Gelegenheit hatten, um wieder einmal die Straße zu rebellieren, am Sonntag eine Versammlung auf dem Wenzelsplatz einberiefen, die gegen das Absingen des Deutschlandliedes im Parlament protestieren sollte und die damit endete, daß ein Trupp genannter Faschisten ungefähr um die Mittagsstunde herum gegen das „Tagblatt“ und vor das „Deutsche Haus“ zog und dort drohend die Fäuste gegen die geschlossenen Fensterläden erhob. Dem Zuge voran marschierte ein halbwüchsiger Bursche mit einer schwarzen Pellerine. Nach einigen Ganka-Rufen intonierte diese würdige Versammlung die tschechische Staats-hymne „Abe domov muj“. Dieses Lied, bekanntlich die Staats-hymne —, ist ein wirklich schönes Lied mit sentimentalem Charakter, und es muß direkt als eine Profanierung der Dichtung Elys, der mit dem deutschen Raimund so viel Ähnlichkeit besitzt, bezeichnet werden; wenn es von Provokateuren mit Faustemporstreden unter Polizeibeckung herausgeschrien wird. Das Lied enthält u. a. auch die Strophe: „Jemst raj to na pohled“. Nun gerade ein „Ehrenparadies“ war es nicht, als man Sonntag die Faschisten vor dem Deutschen Haus das Lied brüllen hörte. Was das Singen des Deutschlandliedes im Parlamente betrifft, so haben sich die Nationalsozialisten stets durch ihren besonderen Geschmacksausgezeichnet. Von der „Stinkbombe des Herrn Baeran, dem Sandabwischer der Frau Weber bis zum Absingen des Deutschlandliedes, das unbedingt wieder die Gasse rebellieren mußte, hat sich am Geist dieser Deutschen nichts geändert. Sie sind würdig jener parlamentarischen Gefpö-

genheiten, die die tschechischen Nationaldemokraten im Parlamente eingebürgert haben. Oder hat man schon darauf vergessen, daß ein tschechischer Nationalheld, der nicht bloß Abgeordneter, sondern ein Minister war, im Parlamente auf die deutschen Abgeordneten die Zunge heransgestreckt hat? Der Sängerkrieg, der unser Parlament zu einer Operettenbühne zu machen droht, enthüllt wieder am besten dem Auslande, welcher Art die Nationalisten auf beiden Seiten sind.

Ganz so wie in Italien ist es doch noch nicht! Wie die „Libere Robiny“ melden, hat eine Delegation der tschechisch-sozialdemokratischen Parlamentarier bei Svehla Beschwerde dagegen geführt, daß er das verächtliche Parlament der „Schlamperei und Niederlichkeit“ geziehen hat. Wenn Svehla geglaubt hat, schon so weit wie Mussolini zu sein und seine Gefolgsmänner nach Belieben beschimpfen und abkanzeln zu können, so scheint er sich doch etwas getäuscht zu haben. Ganz so weit wie im gesegneten Lande des Fascio sind wir denn doch noch nicht!

Ein „unpolitisches“ Blatt. In Ruffia erscheint „vorläufig jeden Mittwoch und Samstag“ ein Blatt, das sich in den Ankündigungen „unpolitisch“ nennt und den farblosen Titel „Ruffiger Abendzeitung“ führt. In der Anpreisung wird maßlos auf die politischen Parteien geschimpft und für die Einheitsfront gegen die Parteipolitik Stellung genommen. Da es kein wirklich unpolitisches Blatt gebe, erscheine nun die „Ruffiger Abendzeitung“, um das deutsche Volk zu retten. Damit jeder sieht, wie unpolitisch sie ist, wird sorgfältig verschwiegen, wer die finanziellen und geistigen Väter des Blattes sind. Dagegen erfährt man, daß es bei Tiege in Ruffia, also in derselben Drauderei, die sich der erfruchtlichen Arbeit unterzieht, der Menschheit jeden Nachmittags einen neuen „Tag“ zu beschern, gedruckt wird. Aber auch sonst ließe sich leicht erraten, was Geistes Kind dieses unpolitische Blatt ist, wurde es doch in einer Beilage des hakenkreuzlerischen Eisenbahnerblattes angepriesen und wo Herr Jung Baie steht, da dürften Krebs und Karg nicht allzu weit sein. Trotzdem werden Thrasen aus dem nationalsozialistischen Wahlmaterial als Schwindel hingestellt, so der Satz, daß die „Wahlen zum wählen da seien“. Wenn es um einen neuen Schwindel geht, sind die Herren gern bereit, den allen zu gestehen und das eigene Nest zu beschmutzen. Hoffentlich geht das jüngste Prehgeschöpf der Hakenkreuzler bald den Weg, den die früheren „unpolitischen“ Sekelblätter dieser Firma gegangen sind!

Dänische Korrektheit. Der dänische Nationalfilm „Grenzpost“, dessen Premiere mit großer Spannung in Kopenhagen für Samstagabend erwartet wurde, ist von der Kopenhagener Zensur in letzter Stunde verboten worden, weil er die Stimmung an der deutsch-dänischen Grenze bei Kriegsausbruch in einer Weise schildert, welche als Hege gegen Deutschland empfunden werden muß.

Das Sekretariat der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands befindet sich ab 1. Dez. 1. Riga, A. U. i. e. Nr. 10, und das lettische Zentralorgan „Sozialdemokratis“: Riga, A. R. Barona i. e. Nr. 25, D. 4.

Wie verpalle ich einen Meteor? Vor einiger Zeit fiel in Westafrika ein Meteor, das man nach Paris zu überführen beschloß. Die Gelehrten sollten in Paris den vom Himmel gefallenen Stein einer genauen Untersuchung unterziehen, um seine Zusammensetzung zu ermitteln. Wenn die Reise des Himmelskörpers aus dem Weltraum zur Erde außerordentlich rasch und ohne Zwischenfall vorstatten ging, so gestaltete sich dafür die Reise von Afrika nach Paris umso schwieriger. Da die Gelehrten mit Spannung dem Eintreffen entgegen sahen, hatte man der Beschlagnahme des Transportes zuliebe einem von Afrika in Dienstesgeschäften nach Frankreich reisenden Beamten die erhaltene Feuerkugel, die sorgsam in einer Kiste verpackt war, anvertraut. Alles ging gut, bis der Transport nach Bordeaux gelangte, wo ein überfertiger Zollbeamter den nie gesehenen Gegenstand einer Untersuchung unterzog. Dabei entspann sich zwischen dem Ueberbringer und dem Beamten der folgende Dialog: „Was ist das?“ — „Eine Feuerkugel.“ — „Was ist das für ein Ding, und woraus besteht es?“ — „Das gerode wollen wir in Paris erfahren.“ — „Und woher kommt das Ding?“ — „Von Himmel.“ — Der Beamte, der nichts anderes dachte, als daß man ihn zum Besten habe, erliefte zum Obersinspektor. Es erfolgte eine eingehende Vernehmung, die endlich der Bureaokratie gestattete, das Meteor in einer Korb des Zolltarifes unterzubringen. Damit war endlich die Lösung für das Problem gefunden, und der Zollinspektor schrieb aufatmend in das Register: „Mineral von unbestimmbarer Natur im Gewicht von 20 Kilogramm, das von auswärts kommt.“ Man kann unmöglich für die unbekannte Weltgegenstand, auf der das Meteor den Weg zur Erde fand, eine zutreffendere Bezeichnung finden.

Wetterüberblick vom 21. Dezember. Sonntag nahm die Bewölkung und Niederschlagsneigung in der Republik neuerlich zu. Die Niederschläge fielen hauptsächlich in Form von Regen und erreichten namentlich in Wärdren und der Slowakei größere Erheblichkeit. Brunn und Kaschan 9 Millimeter, Dosa 18 Millim. Brunn und Luceneh 14 Millim. Alt-Dosa Nacht auf Montag blieben die Temperaturen bereits arktisch über Null. Auch auf den Bergen hat es sich erwärmt. Montag früh fiel in der Nördliche der Republik noch Regen, im Westen brach die Bewölkung strichweise auf. — Wahrscheinliches Wetter von Dienstag: Abends bis vorwiegend bewölkt, geringe Niederschläge, weitere Erwärmung, Südwestwind.

Webwaren

BESTE QUALITÄT IN DER

aus der GEC-Weberei Zwickau i. B.

Detail-Abgabestelle der „GEC“

Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, Linien 5, 9, 12

PRAG-SMICHOV, v Lesičku 1

Ecke Barrandova ulice beim Kinskygarten

Kleine Chronik.

Wembley zu verlaufen!

Die finanzielle Tragödie Wembleys mündet nun in ein groteskes Saitenspiel. Das ganze Ausstellungsgelände mit sämtlichen Palästen der Industrie, des Maschinenbaues und der Künste, mit dem hunderttausend Menschen fassenden Stadion, den Theatern, Klubhäusern, Restaurants, Verwaltungsgebäuden und Offendhallen steht zum Verkauf. Die Liquidatoren behaupten in ihrem Prospekt schlichtern und ohne selbst recht daran zu glauben, daß die auf die Erneuerung der Reichsheimat zielende Idee der riesigen Ausstellung erfüllt und daß ihre Resultate für Handel und sozialen Fortschritt erfreulich gewesen seien. Wenn man bedenkt, daß solche Verkaufsstellen bei noch so unzulänglichen Resultaten im allgemeinen mit den höchsten Superlativen gerühmt werden, so kann man sich vorstellen, wie es um das Ergebnis der Wembley-Ausstellung bestellt sein muß, wenn selbst in einem Kaufprospekt nur der nüchternen Faktizität: erfreulich erscheint. Tatsächlich werden die unwortheiligen Leute, die die Kosten der Ausstellung zu garantieren wagten, nach einer vorläufigen Berechnung pro Pfund Garantie 14 Schilling Zinsschuld leisten müssen. Was die Verwertbarkeit des Riesengeländes zu industriellen oder sonstigen Zwecken anbetrifft, so wäre schon an sich kaum anzunehmen, daß willkürlich in eine schöne Gegend gebaute Ausstellungs-paläste sich zu Industriezwecken eignen würden, und ist zurzeit angesichts der trostlosen wirtschaftlichen Lage in England annähernd ausgeschlossen. Der Verkaufprospekt scheint dies auch bereits in Rechnung stellen zu wollen, denn er kündigt an, daß binnen kurzen ein Datum festgesetzt werden wird, an dem Wembley als Ganzes verauktioniert werden soll, falls es bis dahin keinen Käufer gefunden haben soll.

Volkswirtschaft.

Zollgebiet und Zolleinhebung.

Ein Antrag unserer Genossen im Senat.

Die Senatoren Genossen Dr. Heller, Jarolim und Genossen haben auf Abänderung des Gesetzes vom 20. Feber 1919, Nr. 79 S. d. G. u. B., über das Zollgebiet und die Zolleinhebung, sowie des Gesetzes vom 12. August 1921, Nr. 349, S. d. G. u. B., womit die Regierung zur provisorischen Regelung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland ermächtigt wird, folgenden Antrag überreicht:

Der Senat wolle beschließen:

§ 1.

(1) Der § 3 des Gesetzes vom 20. Feber 1919, Nr. 79 S. d. G. u. B., wird aufgehoben.
 (2) Der § 4 dieses Gesetzes tritt außer Kraft.

§ 2.

Der Artikel II des Gesetzes vom 12. August 1921, Nr. 349 S. d. G. u. B., wird aufgehoben.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit Rückwirkung vom 1. Juli 1925 in Wirksamkeit. Alle entgegenstehenden Verordnungen, Erlasse und Verfügungen, insbesondere die Verordnung vom 4. Juni 1925, Nr. 111, S. d. G. u. B., treten außer Kraft. Die Durchführung dieses Gesetzes wird der Regierung aufgetragen.

Begründung:

Die Ermächtigung der Regierung bezw. einzelner Minister, den Zolltarif ohne Zustimmung des Parlaments zu ändern, mag eine Berechtigung haben in einer Zeit, da die außerordentlichen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse noch stark nachwirken. Heute sind die Verhältnisse durchaus stabil, es bestehen weder stark schwankende, noch sind derartig plötzliche Änderungen in der Einfuhr oder

im inländischen Bedarf zu erwarten, welche eine Ermächtigung der Regierung rechtfertigen, den Zolltarif ohne Befragung des Parlaments abzuändern. Aus diesem Grunde ist es gerechtfertigt, wenn durch die Aufhebung der Ermächtigung zur Suspensionierung bezw. Wiedereinführung von Zöllen, sowie zur Einhebung von Valuta-Koeffizienten die volle Rechtschaffenheit des Parlamentes auf dem Gebiete des Zollwesens wieder hergestellt wird. Die Rückwirkung des Gesetzes ab 1. Juni 1925 wird deshalb beantragt, weil auf diese Weise die Verordnung vom 4. Juni 1925 Nr. 111 S. d. G. u. B. automatisch außer Kraft tritt. Dafür sprechen folgende Gründe: 1. Die zitierte Verordnung war insbesondere durch die Einführung von Getreidezöllen wirtschaftlich verberberlich, da sie auf die Preise der Lebensmittel verzerrend einwirkte, oder doch zumindest die mögliche Verbilligung derselben hemmte. 2. Die oben ausgeführten Gründe trafen bereits zur Zeit der Erlassung dieser Verordnung durchaus zu, es war also die Umgehung des Parlaments, welches damals überdies zu einer ordentlichen Tagung versammelt war, sachlich durch nichts gerechtfertigt. 3. Die zitierte Verordnung war aber auch formell durch die Ermächtigung nicht gedeckt, da sie keine Wiedereinführung suspendierter Zölle, sondern die Einführung neuer Zölle bedeutete und überdies durch die Schaffung von gleitenden Zöllen ein neues Zollprinzip einführt, was im Verordnungswege zweifellos nicht zulässig war. Die Verordnung ist daher gesetzwidrig, eine Verletzung des Parlaments und ein An-

stoß gegen die Verfassung. Der Senat hat am 1. Oktober 1925 veröffentlicht in den nächsten Tagen das Statistische Staatsamt in Nr. 125-126 seiner „Mitteilungen“ Daten aus allen Gebieten der Arbeitsstatistik. Die Anzahl der nicht untergebrachten Bewerber sank in der Zeit vom 31. August bis 30. September von 15.102 auf 12.110 (d. i. um 3,5 Prozent), vom 30. September bis 31. Oktober auf 39.743 (d. i. um 6,1 Prozent). Die Anzahl der angemeldeten freien Stellen stieg in derselben Zeit von 20.289 auf 20.895 im September, d. i. um 3,2 Prozent, im Oktober sank sie auf 17.458, d. i. um 16,4 Prozent. Gegenüber dem Monate August nahm im September die Anzahl der nicht untergebrachten Bewerber in der Land- und Forstwirtschaft (um 41,3 Prozent) und in der Papierindustrie (um 53,2 Prozent) wesentlich ab. Gegenüber dem Monate September sank im Oktober die Anzahl der nicht untergebrachten Bewerber im Bergbau um 30,9 Prozent und in der Gruppe der Tagelöhner um 40,7 Prozent. Arbeitsvermittlungsanstalten gab es im Oktober 141 (im September 143) Bewerber einschl. des Restes von Vormonate 130.568 (149.610); angemeldete Stellen gab es 124.146 (104.872); davon wurden 92.668 (71.607) besetzt. Auf 100 Bewerber entfielen 71,0 (47,9) besetzte Stellen. Im Oktober gab es 20 Streiks (im September 25), davon 18 (18) Einzelstreiks und 4 (7) Gruppenstreiks in 76 (82) Betrieben mit 13.571 (5156) Beschäftigten, von denen 11.970 (4034) streikten und 252 (170) infolge Streiks nicht arbeiten konnten. Die Streikenden und die infolge Streiks Nichtarbeitenden veräumten 192,112 (44.345) Arbeitstage und hatten einen Lohnentgang von 4.935,008

Lernet Tschechisch!

Von J. Reismann.

Tschechisch ist für jedermann, der in diesem Staate leben muß, geradezu eine Lebensnotwendigkeit geworden. Da es als „Staatsprache“ deklariert worden ist, ohne daß der Muttersprache der nichttschechischen Bewohner dieses Staates das gleiche Recht eingeräumt wurde, ist es wohl nicht zuviel behauptet, wenn man sagt, daß man ohne diese Sprache in der Tschechoslowakischen Republik nur sehr schwer sein Auskommen finden kann. Wohl sorgt ein vernünftiger Lehrplan an den Schulen dafür, daß die Jugend am Unterrichte in der tschechischen Sprache als Pflichtgegenstand teilnehmen muß, aber die vielen Erwachsenen, die Tschechisch nicht in der Schule gelernt haben, sind sogar, wie die vielen zwangswegigen Entlassungen der öffentlichen Angestellten in der letzten Zeit beweisen, durch die Nichtkenntnis dieser Sprache, die einen bequemen Vorkurs bietet, in ihrer Existenz mehr als andere bedroht. — Daher: lernet Tschechisch! Man glaube nicht, daß es „zu spät“ sei, daß es „unmöglich“ sei, je früher man anfängt, desto besser ist es, der gute Wille ist bereits viel. Viele haben gegen das Studium der tschechischen Sprache noch eine Antipathie, die künstlich durch die politischen Verhältnisse in Österreich gezeugt wurde. Nicht selten hört man sogar heute noch Anführer, daß die tschechische Sprache eine „häßlich klingende“, „harte“ Sprache sei. Wer sich nur einigermaßen mit fremden Sprachen beschäftigt hat, der weiß, daß die tschechische Sprache weder das eine, noch das andere ist. Sie ist nicht schöner und nicht häßlicher als jede andere Sprache und hat durch ihre Akzentuierung auf der ersten Silbe eines jeden Wortes etwas sehr impulsives in ihrem Charakter, wie es ganz dem tschechischen Volkscharakter angemessen ist, sie ist volltönend und durch die Säufung der Konsonanten hat sie etwas Präzises in ihrem Wesen wie keine andere Sprache. Sie ist auch nicht „hart“, sondern im Gegenteil durch die zahlreichen „weichen“ Mitlaute viel weicher und lyrischer als das Deutsche. Also ausgeräumt mit den alten Vorurteilen und mit frischem Mute ans Werk!

Im besten ist natürlich, wenn man sich einen guten Lehrer leisten kann. Dies ist wohl für die ersten Monate eine Unmöglichkeit. Als Lehrsystem sei auch für Tschechisch die gute Betty Methode, die nur mit einem Lehrer möglich ist, empfohlen. Sich in der ersten Studienzeit allzuviel mit der Vorbildungslehre (Formenshre) und überhaupt Grammatik abzugeben, ist bei Erwachsenen nicht empfehlenswert. Man mache möglichst bald zur „Lektüre“ zu kommen, u. zw. zur Lektüre der tschechischen Literatur. Sie gibt dem Lernenden durch ihre Originalität der Gedanken, durch ihr Einbildungsvermögen in die „Seele des Volkes“, in den „Volkscharakter“ neue Lernfreudigkeit und sie sorgt dadurch, daß sie fertige Kunstwerke eines fremden Volkes dem Geiste vermittelt, selbstständig und unwillkürlich für einen Abbau des gegenseitigen Völkerverhasses und ist die beste Mittelkraft für einen echten, wahren, auf einem vollen Verständnis für ein anderes Volk beruhenden Internationalismus.

Da Weihnachten vor der Tür sind und gerade um diese Zeit viele Bücher gekauft werden, so möge jeder, der es eingesehen hat, wie notwendig das Tschechische ist, auch zumindest ein Buch in dieser Sprache erwerben oder sich schenken lassen. Im nachfolgenden sei ein Verzeichnis von empfehlenswerten Wörterbüchern, Lehrbüchern, tschechischen, guten Autoren und von übersetzter Literatur gegeben, das natürlich bei der großen Produktion von Schriftwerken dieser Art nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt:

Lehrbücher:

Eben-Charvá, Lehrbuch der böhmischen Sprache. I.-III. Teil. Verlag R. Promberger, Olmütz.
 Dr. Kanti Eben, Tschechisches Sprachbuch. Verlag Sollar.
 Donath-Federmann, Kurzgefaßte Schulgrammatik.



Du scheinst Dich auszukennen!

Wer den wundervollen goldgelben Likör

„Ein Klostergeheimnis“

einkauft, muss ein Kenner sein. Auch Damen trinken ihn gerne und als Clou eines Weihnachtsgeschenkes kann man sich nichts Schöneres denken.

Wenn Sie mit Ihren Geschenken Freude machen und Geschmack beweisen wollen, dann überraschen Sie mit dem Klostergeheimnis aus der



Likörfabrik Schönriesen

Schlag gegen die Massen der beschäftigten Verbraucher, es ist also durchaus gerechtfertigt, daß sie so rasch als möglich wird. Eine Belastung der Staatsfinanzen entsteht durch diesen Antrag nicht, daher entfällt ein Bedingungsantrag.

Das Ergebnis der Verhandlungen über die Weihnachtshilfen für die Metallarbeiter.

Nach wochenlangen Verhandlungen wurde am 21. Dezember zwischen den Metallarbeiterorganisationen und der Metallsektion des tschechoslowakischen Industriellenverbandes eine Vereinbarung abgeschlossen, wonach die Weihnachtshilfen für die Metallarbeiter von Prag, Königgrätz, Pilsen, Jungbunzlau, Schlan, Blansko, Kladsno und Königshof folgendermaßen festgesetzt werden: Die Betriebe werden in fünf Gruppen geteilt, und zwar nach der Größe und wirtschaftlichen Lage des Betriebes. In der ersten Gruppe beträgt die Hilfe für alle verheirateten Arbeiter 170 K, in der zweiten 160 K, in der dritten 135 K, in der vierten 115 K und in der fünften Gruppe 90 K. Von diesen Beträgen erhalten ledige Arbeiter über 24 Jahre 60 Prozent, unter 24 Jahren sowie verheiratete Frauen 45 Prozent, ledige Frauen 30 Prozent. Der Großteil der Arbeiterschaft befindet sich in der ersten und zweiten Gruppe, welche die größten Betriebe umfassen.

Sozialstatistik für September.

Ueber die Sozialstatistik der Tschechoslowakischen Republik für die Monate September und

(1.043.275) K. Bei 16 Streiks im September und bei 11 im Oktober wurde eine Lohnforderung gestellt. Ausprägungen gab es im September 2, im Oktober auf 2. Im Oktober wurden 424 (im September 436) Bewilligungen zur Ueberstundenarbeit erteilt 378 (390) Betrieben für 21.274 (25.983) Personen, bezw. für 28,3 (35,1) Prozent von der Gesamtanzahl der Beschäftigten in diesen Betrieben. Durch diese Bewilligungen wurden 1955 (2002) Wochen in einer Gesamtdauer von 1.272.827 (1.526.424) Arbeitsstunden, d. i. von 159.103 (190.803) Arbeitstagen gewonnen. Die erwähnte Nummer enthält auch eine tabellarische Uebersicht der wichtigsten Wirtschaftszahlen für die Monate Juli bis Oktober 1924 und 1925 und eine Statistik über die Arbeitslosenunterstützung.

Der Konsumverein Vikta veröffentlicht soeben den Bericht über sein 17. Geschäftsjahr. Der Warenumsatz betrug etwa dreieinhalb Millionen Kronen und ist um mehr als 400.000 K oder 13,6 Prozent gegen das Vorjahr gestiegen. Der Mitgliederstand hat diesmal keine Erhöhung erfahren, es sind 43 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Ein besonderer Ueberfluß wurde nicht erzielt, doch das ist ja auch nicht — wie der Bericht besagt — der Zweck der genossenschaftlichen Betätigung. Der Hauptzweck des Konsumvereines ist es, den Mitgliedern gute Ware mit dem denkbar geringsten Regieaufschlag zu bieten. Dieser Regieaufschlag beträgt bei 100 K etwa 8,90 K, woraus die ökonomische Wirtschaft des Vereines zu ersehen ist.

AUS DEN GEC-BEKLEIDUNGSWERKEN IN BÖHM.-KAMNITZ

Strumpf- u. Trikot-Waren

IN DER

Detail-Abgabestelle der „GEC“

Haltestelle der elektrischen Straßenbahn, Linien 5, 9, 12

PRAG-SMICHOV, v Lesičku 1

Ecke Barrandova ulice beim Kinskygarten

IN VORZÜGLICHSTER QUALITÄT ZU BILLIGSTEN PREISEN

Dr. Karl Federmann, Lesebuch hierzu. Gebauer-Ertl, Mladnice Ceska, I. II. Teil (ganz tschechisch geschrieben), Verlag „Unie“, Prag.

Berlik, Ceska kniha.

Wörterbücher:

J. Stěpán, Taschenwörterbuch. Verlag J. Lorenz, Trebitz; ein größeres Werk ist: Josef Rantl, Slovnik Pšruvny, I. II. Teil. Verlag A. Teale, Prag. Ferner: J. Herzer, Slovnik česko-německy. Steiringer-Maurel, Deutsch-böhmisches Wörterbuch. J. Jungmann, Slovnik česko-německy.

Literaturen:

Mensil Brázal-Ertl, Rukovět dějin české literatury, I.-IV. Verlag Buršík & Rohout, Prag. Arne Novák, Die tschechische Literatur aus der Vogelperspektive, deutsch von Grete Strachanová, Verlag Dr. Josef Fleck, Prag.

Empfehlenswerte tschechische Autoren sind, um aus der großen Zahl ein paar anzuführen: Jan Neruda, Karel Jaromír Erben, Božena Němcová, Jaroslav Vrchlický, Ignat Herrmann, Karel V. Rais, Alois Jirásek, J. S. Machar, Ant. Zova, Svatopluk Cech, A. B. Smilovský, Julius Feyer, Adolf Heyduk, von jüngeren Autoren: Jiří Wolker, Petr Bezruč, Jiří Mahen, Karel Capek, Yamma u. a. Sehr gute, humoristische Kost bietet der oben erwähnte Ignat Herrmann, von dem wir schon öfter Proben übersetzten. Aus seinem Schaffen dürfen besonders „Blednovci Obrázky“ (Verlassene Bilder), „Otec Kondelka a zet Vejvara“, „Bodfi Pražané“ (Muntere Prager), „Stafi mládenci“ (Alte Junggesellen) interessieren, Herrmanns Werke erschienen im Verlag F. Topič, Prag.

Die preiswerteste tschechische Buchausgabe ist die Světová knihovna, Verlag J. Otto, Prag (ähnlich der Neclambibliothek, in der ein Bändchen ca. 2,- kostet und fast alle obgenannten Autoren, mit Ausnahme der neueren, enthalten sind.) Wir empfehlen daraus: Jirásek: Filosofská historie (Ein Philosophenführer); Karel S. Macha: Cikáni (Die Zigeuner); Havlíček: Politické zásady (Politische Prinzipien); Arbes: Newtonův mozek (Newtons Gehirn); Erben: Kytice (Blumenstrauch), Vybrané báje a pověsti národní (Ausgewählte Volksmärchen); Němcová: Babička (Großmütterchen); Komenický: Sčesti národa (Das Glück des Volkes); Neruda: Různá prósa (Verschiedene Prosa); Hálek: Tři povídky (Drei Erzählungen); Cech: Dvě povídky (Zwei Erzählungen), Arabesky a humoresky (Arabesken und Humoresken) als Probe. Vrchlický: České ballady (Tschechische Balladen), Portréty básníků (Dichterporträts), Mácha (Gedichte); Neruda: Výbor básní (Gedichte-Auswahl) als Poésie. Ferner sei auf die preiswertesten Buchausgaben beim Verlage B. Nová (Kocis billigste Bucherei) hingewiesen: Božena Němcová: Povídky (Erzählungen) u. a. Preiswerte Sammelwerke der Autoren Machar, Havlíček, Neruda, Palacký, Jirásek und Wajarsh erschienen als sogenannte „Citanky“ mit einer Auswahl aus den Schriften der genannten Autoren im Verlage Dolar Zobel in Brera, bzw. Verlag Radoušev in Brera.

Eine gute Auswahl aus der tschechischen Literatur bieten zwei Anthologien u. zw.: Česká Lyra (Tschechische Lyra) — Gedichte, Česká Epika (Tschechische Epik) — beide im Verlage „Unie“, Prag, erschienen.

Als Anthologie sozialer tschechischer Dichtung sei Rudolf Jilový: Česko-slovenská poezie sociální (vier Bände), Verlag Ustřední československé knihkupectví (Ant. Zvereny), Prag, besonders empfehlend. Von den jüngsten sozialsten Autoren sei schließlich u. a. an erster Stelle das zweibändige Lebenswerk Jiří Wolkers, des im Alter von 24 Jahren verstorbenen Dichters, im Verlage Václav Petr, Prag, genannt.

Uner schöpfbare Schätze an Gedanken, Gefühlen, Worten und Formschönheiten sind auch in der tschechischen Dichtung aufgespeichert. Hebet sie, indem ihr euch diese Sprache aneignet und euch gleichzeitig dadurch im Existenzkampf mit dem andern Volke die beste Waffe schmiedet! Endlich sei hier ein Verzeichnis der tschechisch-deutschen Übersetzungsliteratur und des modernen tschechischen und des Volksliedes gegeben:

Übersetzte Literatur:

Neclam-Bibliothek, Leipzig. Vrchlický, Nr. 3431/2, 2567, 3137, Gedichte (übersetzt von Friedrich Adler), Farbige Scherben (übersetzt von Edmund Grün). Cech Svatopluk, Novellen, Nr. 1854, Unter Menschen und Büchern, 1648. Jan Neruda, Genrebilder, 1892, 1893, Kleinlebensgeschichten, Nr. 1976—1978. B. Němcová, Nr. 2057/9, Großmütterchen (übersetzt von Ant. Svital). Affian, Berlin-Wilmersdorf. Jüngste tschechische Lyrik-Anthologie-Gedichte von Machar, Brežina, Zova, übersetzt Paul Eisner. Inselverlag, Leipzig. St. Brežina, Bände von Mittag nach Mitternacht (übersetzt von Wersel und Soudel), Hymnen, übersetzt von Otto Wid (Ausgabe der jüngste Tag). Verlag V. Kiepenheuer, Berlin-Potsdam. Machar, Vier sollten Rosen blühen, übersetzt von Ernst Mandler.

Verlag Die Sonne, Dresden, Ludwig Hartmannstraße.

Cech, Zatanella, Dagmar, übers. von Weinberger. Vrchlický, Bar Šochba, übersetzt von Walde. Neruda, Freitagsgelänge, übersetzt von Traub. Verlag Feinr. Minden, Dresden. Ant. Zova, Ausgetobte Trauer (übersetzt von Eisenstein).

Verlag Agis, Wien.

Jiří Bzřek, Schwere Stunde (übersetzt von Lise Ešhá). Verlag Obelisk, Prag, Karlova 15. V. Kalous, Mobsche und Rest (übersetzt von R. Soudel).

Verlag Otto, Prag (Slawische Roman-Bibliothek).

Ignat Herrmann, Humoresken, übers. von A. Autedniček.

Das tschechische Lied:

Mladek, Milostné písně (Liebeslieder). Destinová, Zahrada srdce (Der Herzengarten). Dvořák, Album písní (Liederalbum), Moravské dvojzpěvy (Mährische Duette). Fibich, Patero zpěvů (Fünferlei Gesänge). Foerster, Erolcon (4 Lieder), Láska (Die Liebe) — Ein Liebeschelus. Frliml, Tulácké písně (Vagabundenlieder), Op. 15, op. 19, op. 20. Jindřich, 12 chodských písní (12 Choder Lieder), Návrát (Die Rückkehr). — Písně Heydukovy (Heyduks Lieder). — Písně Sovovy (Sovas Lieder). Křička, Milostné písně (Liebeslieder). Novotný: Libické písně (50), Bechyňské písně, Rečlečké písně. Vit. Novák, op. 29 — Ballada o duši Jana Nerudy, op. 28 — Dvě ballady: — Slovenské lidové písně (Slawische Volkslieder). Ztrávil: Oskelo ditě. Zpěvník, Písně v národním tónu (Lieder im Volkston). Píjáčké písničky I. II. (Trinklieder). Zmetana: Večerní písně (Abendlieder) u. a.

Kunst und Wissen.

„Holofernes“, Oper von E. N. Rejznel im Teplitz Stadttheater (Vraufführung in der tschechoslowakischen Republik am Samstag, den 19. Dezember. Die Vertöpfung der Freude an der Gransamkeit als ein fürchterliches Element der Menschennatur, des Uebermenschen, der menschlichen Bestie und der Kraftnatur ist die Komäne Bohrnens. Rejznel hat sein letztes Bühnenwerk „Holofernes“ diesem genialsten Darsteller zugeeignet und ihm die Titelrolle auf den Leib geschrieben. Er hat Hebbels „Judith“ unter teilweiser Benutzung des Originaltextes frei bearbeitet, indem er dem nackten Handlungsablauf folgte und sein Augenmerk der scharfen Zeichnung der beiden Hauptcharaktere, besonders der des brutalen, grausamen, lusternen, sich selbst vergötternden Holofernes zuwandte. Dieser Verschönerung des Titels entspricht auch die musikalische Zeichnung. Alles ist auf Milieu und passende Handlung gestellt. Die Stärke der Partitur liegt in der Behandlung der Instrumentationstechnik, in der Kunst zu illustrieren und zu unterstreichen. Die Musik bleibt mehr foliosistisch als dramatisch; hebräische Melodien entsprechen dem Milieu, farbige Harmonisation und Modulation geben der sonstigen Melodie den stilvollen Unterton. Bei gewaltigen Leidenschaftslagen gelangen auch starke Effekte zur Verwendung. Schwache, fast tote Punkte sind z. B. die meditierenden Monologe, der erste Akt, das Vorspiel zum zweiten Akt und die Zwischenaktmusik. Im ganzen ist der Einfluß von Wagner und Richard Strauss unverkennbar. Die Aufführung der Oper erfordert vor allem als Holofernes einen starken Darsteller vom Schlage Bohrnens und als Judith eine dramatische Sängerin, die den stark leidenschaftlichen Ausbrüchen voll gewachsen ist. Paula Hader-Thiersch und Edo Louis Böck vermochten nicht restlos zu befriedigen. Alle übrigen Darsteller treten zurück. Gut waren die dramatischen Chöre und die musikalische Anordnung der Partitur durch Direktor Nikolaus Janovský, dänisch die Inszenierung und das Ballett bei der Orgie im „Brumzelt“. Die Aufführung fand nur schwachen Beifall des Publikums.

Felix Weingartner wird am 14. Jänner im Zuehnanjale ein Konzert der Böhmischen Philharmonie dirigieren. Im Programm: Mendelssohns Fingalshöhle, Beethovens 7. Symphonie und Verliovs Phantastische Symphonie. B. Molinari wird in Prag im Jänner das Requiem von Berlioz dirigieren. Mitwirkende: Prager „Blahol“ und verstärktes Orchester der Böhmischen Philharmonie. Die Kleine Bühne heute, morgen und übermorgen geschlossen. Infolge der Vorbereitungen der Novitäten für die Weihnachtsfeierstage bleibt die Kleine Bühne auch heute Dienstag geschlossen. Die Wiederholung von „Ueberfahrt“ entfällt daher. Auch morgen Mittwoch und Donnerstag finden in der Kleinen Bühne keine Vorstellungen statt.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Dienstag, abends „Clo Clo“, Mittwoch abends „Rigoletto“, Freitag und Samstag halb 3 Uhr „Der gestiefelte Kater“, 7 Uhr „Teresina“, Sonntag halb 3 Uhr nachm. „Clo Clo“, 7 Uhr abds. „Die verkaufte Braut“, Montag „Rigoletto“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag, um 3 Uhr nachmittags „Die verkaufte Braut“, halb 8 Uhr „Methusalem“, Samstag 3 Uhr „Der Gatte des Frauleins“, halb 8 Uhr abends „Methusalem“, Sonntag 3 Uhr „Der Mensch im Käfig“, halb 8 Uhr abends „Charlens Daut“, Montag halb 8 Uhr „Victoria“.

FÜR DAS WEIHNACHTSBROT NUR



SANA WIE TEEBUTTER.

Turnen und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportverband.

Stikturs am Reilberg am 25., 26. und 27. Dezember.

Es wird nochmals aufmerksam gemacht, daß alle Kursteilnehmer am 25. Dezember l. J. am Kurort eintreffen haben. Sämtliche Teilnehmer treffen sich im Hotel „Volkshaus“ in St. Joachimstal. Dorthin erfolgt auch die Quartierzuteilung. Jeder Teilnehmer hat unbedingt ein Mandat, welches zum Kurbesuch berechtigt, vorzutragen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Jenen Kursteilnehmern, die mit der Bahn von Bodenbach, Ruffig und Teplitz kommen, biete zur Kenntnis, daß sie in Schladenwerth nach St. Joachimstal umzusteigen haben.

Wintersportler, die Amateurfotographen sind, werden gebeten, ihre Kamera mitzubringen.

Frei Heil!

Die Kursleitung.

Wie einst...? Das deutsche Reichwehrministerium hat auf Grund der §§ 36 und 37 des Wehrgesetzes neben einigen sich zum Rechtsradikalismus bekennenden Verbänden und den republikanischen Organisationen auch die Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege und somit alle zur J.R. gehörenden Verbände, also auch den Arbeiterturn- und Sportbund, als politisch erklärt und im Verfolg dessen alle der Reichwehr gehörenden Gebäude und Klage entzogen. Besonders rigoros wirkt sich diese Maßnahme für den Gau Sachsen des Touristenvereines „Naturfreunde“ aus, der auf der ehemaligen Festung Königstein vier ehemalige Pulverhäuser mit großen Kosten zu Unterkunfts- und Ferienhäusern eingerichtet hat. Diese zu nichts anderem brauchbaren Gebäude muß der Verein Ende dieses Jahres räumen, nur weil der Verein als politisch angesehen wird.

Fußball vom Sonntag. Prag: Slavia gegen Oechte 8:1 (6:0). Alle übrigen Spiele abgesetzt. — Wien: Rapid gegen Hertha 4:3; Admira g. Simmering 6:3; Floridsdorf geg. Sportklub 3:2; International g. Sportfreunde 4:1; Slavia geg. Brigittenauer AC 3:1. — Budapest: MTK. gegen Törekös 2:0. — JTE. gegen UTE 2:0. — München: Bayern gegen 1890 3:3. Wader geg. Schwaben Augsburg 3:1. — Fürth: Spielvereinigung Fürth geg. TSV. Nürnberg 4:2. — Piffabon: Sparta Prag g. Demico 5:1 (4:1). Sparta trat zu diesem Spiele, welches bei Regen auf morastigem Boden ausgetragen wurde, ohne Berner, Kolenath und Dookaet an. Die Tore schossen: Horejs, Gruby, Schaffer 2 und Polacek. — Sparta gegen Sporting Club 3:0 (1:0) Sonntag. — Bern: Amateure Wien g. FC. Bern 5:1 (4:0). Vier Tore Wiesner, eins Konrad. Eishockey. Prag: Slavia g. Sparta 2:1 (1:0, 1:1). Union Zikow g. VSK 07 2:1. — Tepl. bor. BK. Jordan geg. SK. Bifek 1:2 und 5:1. — Brunn: Mor. Slavia g. Brünner Sportklub 7:4. — Berlin: Am Samstag spielte der Wiener Eislaufverein gegen den Sportklub Charlottenburg und siegte mühelos 17:0 (11:0). Sonntag war der Eisplatz vollkommen ausverkauft. Die Wiener siegten gegen den Berliner Schlittschuh-Club 4:3 (1:0). Das Spiel war sehr spannend und die Wiener führten bereits 3:0, als die Berliner durch einen grandiosen Endpunkt auf 3:3 aufholten. Erst in den letzten Minuten gelang es den Gästen, den entscheidenden Treffer zu erzielen. — Paris. Kanadisches Studententeam gegen Oxford Universität 3:3. — St. Moritz: ESC. Dobos g. St. Moritz 2:0.

Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Herausgeber Dr. Ludwig Egech. Druck: Deutsche Zeitungs- u. B. Prag. Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riegnel. Für den Druck verantwortlich D. Holt.

Alle Bücher VERSALE Das selbsttätige Waschmittel für die Wäsche vollkommen unschädlich! Frauenwelt Eine Halbmonatschrift Jede Nummer 2,-. Su beziehen durch die Volksbuchhandlung Ernst Gattler Karlsbad, Kerag Palace

MUDr. ARTHUR HELLER praktischer Arzt ŽÍŽKOV, HUSOVA 58/I. ordn. lort. 18-9, 42-4. auch für die Beamtenkassen, Jungmannova u. Zatočka. Psychotherapie, Hypnose, Analyse.

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. t. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitungsdrucken, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Prospektiven, Fakturen, Briefpapieren usw. in soliden und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Insertieren bringt Erfolg! IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tischlergasse Nr. 6.